

Der Deutliche Metallfachbericht

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 M^r. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Zeitzeile 40 Pf^g. Telephon Nr. 535

Seht ihr denn nicht der Gegner rastlos Wühlen,
Wie sie mit giftigen Geschossen zielen,
Zum Heiligtum, was in der Brust euch lebt?
Berreißt das Herz, das man ums Herz euch webt!
Mit frechem Spott und frivolen Reden
Will jener Wicht selbst deinen Gott befehlten!
Und du, du hörst es an und rührst dich nicht?
Starb das Gesetz in dir für Recht und Pflicht?!

Der Seiten Nötherwerl rollt ruhlos weiter — —
Mehr denn wie je zähll jeder wackere Streiter!
Sieh', unter gleichnerischer Maske naht
Der Gegner dir und wehrt dir jenen Pfad,
Den du im Glück, im Frieden bist geschritten!
Er raubet Beides dir! — Mit festen Schritten
Entgegen ihm! Vertritt als ganzer Mann
Die Lügen, die die Hölle selbst ersann!

Was sie im Kampf auch immer sich erlöhnen,
Steht fest! — — Ob ihr an sausenden Maschinen
Der Dampfes Allgemein im Kreiseln segt,
Wo eure jahwiel'ge Faust sich rasilos regt
Und Eisen biegt zu künftlichen Gebilden,
Ober ob ihr in blütenden Gefilden
Des Himmels Segen zehi aus Feld und Flur,
Mit alle her!

Wenn keiner fehlt, dann ist die Schlacht gewonnen!
Heran ihr Führer dann an die Kolonne!
Das Banner hoch. Ch. S.

四〇六

Sritifer redits und Läufe.

In dem Artikel „Zur Stellung der christlichen Gewerkschaften zum Volksgrauen“ in der vorigen Nummer unseres Verbandsorgans gaben wir die treffenden Ausführungen des „Centralblattes“ über diese Frage wieder und bemerkten dann zum Schluß, daß wir uns mit dem Echo, welches dieser Artikel in anderen Lägern geweckt, noch besonders befassen wollten.

Zunächst wollen wir registrieren, daß die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ die Angelegenheit aufgriff und sowohl über den in Frage stehenden Artikel der Kreuzzeitung wie auch über die Antwort des Centralblatts in objektiver Weise berichtete. Für den aufmerksamen Beobachter sind des Weiteren aber auch diejenigen Stimmen nicht ohne Interesse, die im Lager unserer Gegner laut wurden. Da ist nun zunächst die „Post“, in der bekanntlich der Scharfmachergeist noch in der offen-ungeschminkten Weise des alten Stumm zu Worte kommt. In ihrer Nummer vom 15. November bespricht sie in einem Artikel „Christliche und sozialdemokratische Gewerkschaften“ den Artikel des Centralblatts und zitiert die Auslassungen über die Stellung der christlichen Gewerkschaften zum Staat, zu den Unternehmern und zur Frage der Tarifbewegung. Die Auslassung der Kreuzzeitung, daß es „in Unternehmertreinen mit dem Verständnis für eine antirevolutionäre christlich-nationale Arbeiterbewegung außerordentlich schlecht bestellt“ sei, welche in dem Centralblattartikel in Zustimmendem Sinne wiedergegeben wurde, nennt die „Post“ einen „Ausfall auf die Unternehmer“. Daraus heißt es dann rezümierend weiter:

„Wir freuen uns zunächst der programmaticch scharfen und klaren Erklärung der christlichen Gewerkschaften gegen die Sozialdemokratie und gegen eine Entwicklung, die immer mehr in sozialdemokratisches Fahrwasser führt. Wir freuen uns um so mehr, als die Grenzen in den letzten Jahren zwischen den sozialdemokratischen „freien“ und den christlichen Gewerkschaften mehr und mehr zu verschwinden scheinen, als die Gefahr immer drohender wurde, daß eine verhängnisvolle Demagogie die Oberhand behielt, und als der Wettstreit zwischen den beiden Gewerkschaften immer mehr und mehr in einen Wettstreit um die größere „Vollständigkeit“, d. h. ein Liebertieten in Predigungen auf wirtschaftlichem Gebiet und ein Schützen der Gegenseite auf sozialem Gebiete auswarten schien.“

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion:
Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen usw.
sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Also sie „schielen“ sich zu verirren, die Grenzen zwischen uns und der sozialdemokratischen Bewegung und es „schielen“ der „Post“, als wenn bei uns noch mehreres „auszuarten“ drohe. Doch die Welt des Scheins wird ihr nun im Handumdrehen zur Wirklichkeit: die gespenstigen Schatten des Scheins nehmen plötzlich auf Kommando Fleisch und Blut an, damit der wackere Ritter Scharfmacher tapfer gegen sie „vom Leder ziehen“ kann und das bevorigt er dann auch mit königlichem Erste also:

„Dass sich die Entwicklung tatsächlich so gestaltete, davon änderten auch programmiatische Erklärungen der Leitung der Gewerkschaften nichts, die ja dabei auf die stark konservativen Elemente nicht nur im Zentrum, sondern vor allem in der katholischen Geistlichkeit Rücksicht zu nehmen hatte, also immer ein gewisses Janusgesicht zu zeigen hatte.“

Diese Logik des Echardsmaderorgans geht dem Durchschnittsdenker einfach über die Hütchen. Erst „schien“ es, als ob es so wäre, also: „die Entwicklung“ hat sich „tatsächlich so gestaltet“ und das „beweist“ man einfach mit der unbewiesenen Behauptung „nun ist sie richtig“, daß die christlichen Gewerkschaften „immer ein gewisses Janusgeicht (Doppelgesicht) zu zeigen“ hätten. Das sind nicht mehr ehrliche Waffen, die man da gegen uns lehrt. Bei einer solchen Methode ber Polemit lohnt es sich kaum noch, auf die weitere Weisheit, die in dem Artikel über die preußischen Kardinale, die „katholischen Männer-, Jünglings- und Betüfferverbände . . .“ mit wichtiger Miene verkappt wird, näher einzugehen.

Aber die Geschmäder sind verschieden. Das beweist das Echo aus dem — oder sagen wir lieber, der Hallow im — sozialdemokratischen Lager aus Anlaß der dargestellten Vorgänge. „Soer blamiert sich eben, wo und so gut er fann,” so dachte man in einer gewissen sozialdemokratischen Waschzettelfabrik. Flugs nimmt sie einige der nebenjächtlichsten Wendungen und Floskeln und die ihr in den Kram passenden schießen Ansichten des Postartikelichtreibers und Leitariifel über „das Lob der Scharfmacher“ wie folgt:

„Das Berliner Organ der Kohlen und Eisenmagnaten, das brutale Schärmacherblatt Deutschlands, die „Post“, macht jetzt den christlichen Gewerkschaften eine förmliche Liebeserklärung. Mit Wohlgefallen zitiert die „Post“ eine Auslassung des „Centralblatts der christlichen Gewerkschaften“, worin dieses sich gegen den Vorwurf wehrt, die christlichen Gewerkschaften seien nur eine Basis der sozialdemokratischen und bewegten sich in ihrer Entwicklung immer weiter nach links.“

Die Darlegungen des Centralblattes über die Stellung der christlichen Gewerkschaften zu den Unternehmern, warin uffs neue unjete ablehnende Siedlung zum Klassentanpis programmatisch scharf hervorgehoben und begründet wird, haben den sozialdemokratischen Artikelschreiber anscheinend um sein ungetrübtes Urteilsvermögen gebracht. Nur so sind Ausfälle wie beispielsweise der folgende zu erläutern:

„Dieser Artikel des „Centralblattes“ ist ein schon nicht mehr verächtliches Angebot an das Unternehmertum, daß man in Rücksicht gegen die freien Gewerkschaften zu unterstützen verspricht, woherne den Christlichen nur keine „unwürdigen Experimente“ zugemutet werden. Unwürdigkeit ist aber ein sehr weiter Begriff, und man kann der Meinung sein, daß die christlichen „Arbeiterführer“ schon durch ihr bisheriges Verhalten den Gipfel der Unwürdigkeit erreicht hätten. Als simple Hinweгарde will man sich ja einstweilen noch nicht hergeben, aber wie lange kann es dauern, daß man auch noch dahinkommt, nachdem einmal die schleife Ebene betreten worden ist?“

Und dann sieht der Urtitel schreiber „ganz in diesem Sinne“ auch die „Poit“ den Sachverhalt auffassen, denn „sie erklärt, daß im Verhalten der Christlichen eine Wendung eingetreten ist und stellt sich insgesessen höchst freundlich zu ihnen.“ Wie es mit dem „freundlich stellen“ der „Poit“ zu den christlichen Gewerkschaften in Wirklichkeit aussieht, haben wir ja oben schon dargelegt; interessant ist es aber, wie der sozialdemokratische Urtitel schreiber seinen Genossen nun die Wendung im Verhalten der Christlichen plausibel macht. Zuerst schreibt er mit dem Schutz aus dem Staatsartikel daß allenthalben

sinnigste Beug heraus, pöbelt dann die christlichen Gewerkschaftsführer an und „beweist“ seinen mehr als bescheidenen Genossen die Wahrheit des ganzen Gefasels mit folgendem Erzuf:

„Die „Post“ ist kein katholisches, sondern ein ausgesprochen antiultramontanes, kulturfämpferisches Blatt. Es vertritt keine anderen Ideen, als die des nackten „Herrn im Hause“-Standpunktes und des einseitigsten Unternehmerinteresses.

Sage mir, wer dich lobt, und ich werde dir jagen,
wer du bist!"

Hier zeigt sich so recht die Art und Weise der sozialdemokratischen Kloppechterei. Mit dieser „Methode“ „beweist“ man einem gut gedrillten Genossen auch, daß die Heringsseiter in Elefantennestern ausgebrütet werden. Erstens, die Post ist kein katholisches Blatt —, die Post vertritt den nächsten „Herrn im Hause“-Standpunkt — das sind Wissenswahrheiten.

Wer aber „logische Schnäpper“ dieses Kalibers ohne zu müssen herunterwürgt — der ist ein „waschgedrehter Genosse“, dem der „wissenschaftliche“ Sozialismus die eigene Lernarbeit erspart. Eine solche blödsinnige Kampfweise wird den christlichen Gewerkschaften aber keinen Erfaden zufügen können.

Ehefrau und Sohn im „freien“ Lager.

Es unterliegt für niemand, der die organisatorischen und agitatorischen Zusammenhänge in der deutschen Arbeiterbewegung zu deuten versteht, einem Zweifel, daß den sozialdemokratischen Gewerkschaften aus dem engen Zusammengehen mit der sozialdemokratischen Partei große Vorteile erwachsen. Immer stärker aber nehmen sich die Anzeichen dafür, daß diese Vorteile mit der Preisgabe der besten gewerkschaftlichen Errungenchaften erlaufen werden müssen. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung ist lange Jahre nicht den Angriffen von Vertretern einer überspannten Demokratie, oder deutlicher noch: dem Demagogentum so ausgesetzt gewesen, wie es in letzter Zeit der Fall ist. Das Problem der Masse wird von den verschiedensten Seiten in einer Weise aufgetollt, daß selbst die fundamentalsten Grundlagen der Bewegung erschüttert erscheinen. Namentlich der Magdeburger Parteilag der Sozialdemokratie mit seiner einseitigen Verherrlichung der Massenintelligenz durch Bebel und Rosa Luxemburg hat den radikalen Verächtern der mühevollen gewerkschaftlichen Meinarbeit und Erziehung zur Besonnenheit die Segel geschwellt. Für die Abhängigkeit, in der sich die sozialdemokratischen Gewerkschaften gegenüber dem Parteiradikalismus befinden, ist kaum etwas charakteristischer, als die Weiserterei, mit der sie diesen Ercheinungen entgegentreten. In den „Sozialistischen Monatsheften“ hat man Lubwig Düssel vorgebildet, der wissenschaftlich dem Ideal der Radikalen: dem „Sandlanger tum der Führer gegenüber der Masse“ das Genick brechen soll. Düssels Beweisführung kommt aber über die ziemlich gemeinpläckliche Feststellung nicht

hinaus: „Auch in der Demokratie ist das Misstrauen (vor Weissen gegenüber den Führern D. W.) eine völlig sterile (unstuchtbare) Eigenschaft, die wohl soziale Bände zu zerreißen, aber nicht neue zu knüpfen vermag, die möglicherweise zerstören, aber nicht aufbauen kann.“ Was fängt man aber mit solchen Hloskein im harten Tageskampf an? Gar nichts! Das hat offensichtlich der „Gründsteiner“ herausgeführt, und er verzäßt auf den Ausweg, Bebel gegen — Bebel auftreten zu lassen. Den Magdeburger Bebel, der sagte: „Demokratisches Misstrauen gegen alle ohne Ausnahme geht den Führern auf die Finger.“

er durch den Bebel widerlegen, der den gegen ihre Führer rebellierenden sozialdemokratischen Berliner Bauarbeitern 1907 erläuterte: „Der Führer der nicht den Mut hat, auch einmal gegen den Willen der Masse seine eigene Überzeugung zu vertreten, weil er sie für die Sache dienlich hält, der ist in meinen Augen ein elender Sklave, der nicht verdient, Führer zu sein.“ Indessen schleppt auch der „Grundstein“-Artikel so viel „wenn“ und „aber“ mit, daß ihm jede Herzhaftigkeit fehlt und er schließlich in der resignierten Feststellung völlig versandet, ein besonderer Appell an das Misstrauen sei mindestens überflüssig gewesen. Die Sache ist also schon soweit gediehen, daß ein forsches, auf den Grund gehendes Vorgehen nicht mehr für „opportum“ gehalten wird gegenüber denjenigen, die gegen die innenbeherrschende Grundlage der gewerkschaftlichen Demokratie, das gegenseitige Vertrauen zwischen Massen und Führern, Sturm laufen! Die Krankheit am sozialdemokratischen Gewerkschaftskörper soll wohl zweckmässiger geheim gehalten werden, weil die Grundüberzeugung für eine Heilung und Gesundung durch das völlige Aufgehen in dem größeren sozialdemokratischen Körper und unter der Einwirkung dessen verderblichen Blutes verloren gegangen sind. Eiltet es doch einmal durch, dann werden die Pfästerchen der Gemeinschaft und billigen Selbstverständlichkeit aufgelegt, um den Schein nach außen zu wahren. Über aber, was manchen „lützlicher“ erscheint (siehe namentlich „Bergarbeiter-Ztg., Correspondent für Deutschlands Buchdrucker“, „Holzarbeiterzeitung“ usw.): es wird die Amerikanitheit von der Bergfölung am eigenen Gebirn ab- und auf die winzigsten Hauiabschürfungen am christlichen Gewerkschaftskörper hingelenkt. Wie das die Parabel vom Splitter und Balken so treffend andeutet. Gegenüber solchen Manipulationen empfehlen wir unseren Kollegen im Lande in Zukunft die verstärkte Befolgung der Parole: Kehrt den Spiegel um!

Als Beweis dafür, wie offen und frei sich das Demagogentum in den sozialdemokratischen Gewerkschaften gebären kann im Gegensatz zu der Leistungerei, zu der sich die Verfechter einer vernünftigen Demokratie gezwungen sehen, führen wir einige markante Beispiele aus jüngster Zeit an. Der „Zimmerer“ begrüßt die starke Einwirkung der örtlichen Interessenten auf die Bewegung anlässlich des jüngsten „Kampfes“ in England, wenn sie breite mit dem angeblich „starken Verbandsystem, das nur Führer und Geführte kennt“. Diese Neuerichtung allein, „die bisher nicht zum System der starken Gewerkschaftstheorie gehörte, die auch im Metallarbeiterverband vertreten wurde“, soll die Metallindustriellen irre gemacht haben. Nach dem „Zimmerer“ wird man also wohl in Zukunft nach berühmten Mustern mit einer starken und einer — halb- oder unstarren Gewerkschaftstheorie rechnen müssen! Diese letztere Theorie geht dann, immer nach dem „Zimmerer“, von der angiblichen Erfahrungsaufgabe aus, daß „der einzige zuverlässige Faktor nur noch die Masse“ sei, nämlich „Routine und Diplomatie“, zu deutlich: das Vertrauen auf die Führer, zu einer Gefahr für die Gewerkschaftsbewegung werde. Mit dieser seiner Feststellung will der „Zimmerer“ auch den „Correspondent“ loslägen, der in seiner geschraubten und verworteten Weise ebenfalls in der Lösung des Massenproblems gemach und u. a. geschrieben hatte: Der „zähne, ausdauernden und nie entmutigten Pionierarbeit verhältnismässig Weniger ist der gegenwärtige Stand der Arbeiterbewegung zu danken.“ Der „Zimmerer“ behauptet dagegen, solcher Männer im Sinne dieses Satzes bedürfe es nicht, „vor allem nicht zur Festsetzung der Sohn- und Arbeitsbedingungen; hierbei will nicht mit „die Masse“ mitreden, sondern, gestützt auf seine Gewerkschaft, jeder Arbeiter“.

Mit letzterer Andeutung erhalten die unklaren Erden des „Zimmerers“ einen konkreten Inhalt. Und zwar läuft die Tendenz auf nichts anderes hinaus, als auf den Kampf gegen das Tarifvertragswesen. Der „Zimmerer“ macht daraus, daß es ihm nur auf diesen Kampf ankommt, auch sonst gar kein Hehl. In seinem Nr. 41 schrieb er:

„Die Gewerkschaftspolitik mit langfristigen Tarifverträgen, obligatorischen Schiedsgerichten und anderen Einschränkungen der Streitmöglichkeit ... hat dahin geführt, daß nicht nur die englischen Gewerkschaften stagnieren, sondern auch die Sohn- und Arbeitsbedingungen der englischen Arbeiter.“

Und in Nr. 42 zur Feier des Sieges des „halbstarken Systems“ auf den Seeschiffswerften:

„Wenn diese ... Vereinbarungen gewissenhaft durchgeführt werden, dann haben die Bergarbeiter in allen Betriebstypen das Recht der Initiative und der Selbstbestimmung. Sie dürften sich dabei besser stellen, als wenn sie durch einen Tarifvertrag geknebelt und einem Schiedsgericht unterworfen wären.“

Wir geben bei der Vertüre dieser Säße zu bedenken, daß der „Zimmerer“ das Organ eines derjenigen drei sozialdemokratischen Verbände ist, die die „Dienstchrift über die Tarifbewegung im deutschen Baumgewerbe im Jahre 1910“ mit unterzeichnet haben, jene Dienstchrift, die geradezu einen Hymnus aus den Tarifgedanken darstellt! Logischerweise könnte man eine entschiedene Stellungnahme gegen den Herzabstei von den beiden anderen Verbänden erwarten.

Aber nein: Maurer und Hilfsarbeiter regen sich nicht! Dagegen ist dem Tarifgedanken in dem „Ber eins-Anzeiger“, dem Organ des sozialdemokratischen Malerverbandes, ein Verteidiger erstanden. Aber was für einer! Dieses Organ gibt zu, daß irgendeine Auffassungen von der Art jener des „Zimmerer“, auch in anderen, ja auch in unseren Kollegenkreisen vorhanden sind.“ Das Malerorgan sieht den Grund dafür in einer verkehrten Auffassung der Frage der Tarifverträge und gibt daher zu diesem Kapitel folgende Lehre:

Die Frage der Tarifverträge ist eine Frage der Tatkraft, der Grundgedanke für jede Gewerkschaft ist, wie verbessern wir die Lage unserer Mitglieder, womit steigen wir die Macht der Organisation, und das wird und wurde das Mittel des Tarifvertrags in Anwendung gebracht. In dem Augenblick, in dem der Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften der Tarifvertrag als Hemmnis im Wege steht, wird es keinem Gewerkschaftler mehr einfallen, für den Abschluß von Tarifverträgen zu plädieren ... Wir haben bereits erwähnt, daß der Tarifvertrag eigentlich nichts als eine Form ist. ... Nur der anderen Seite könnten ja ... die Arbeiter, wenn sie vollständig organisiert wären und ihre Macht hinreichen würde, den Unternehmern einfach ihre Bedingungen dictieren, und wir wären über die Frage des Tarifes hinweg. Solange das aber nicht der Fall ist, wird und muß der Tarifvertrag das Kompromiß bleiben, wo sich beide Parteien finden. ... Es wird in Zukunft nur darauf ankommen, wer von beiden Teilen der Stärke ist und dieser wird dann in die Lage kommen, mehr und mehr dem Gegner seinen Willen aufzuzwingen.“

Ist diese Auffassung, woran nach den vorstehenden Darlegungen nicht zu zweifeln, wirklich Gemeingut weiserer sozialdemokratischer Gewerkschaftskreise, was ist dann im Hinblick auf die sozialdemokratischen Unterzeichner die erwähnte „Dienstchrift“ anders als eine elende Heuchelei? Wer hat gegenüber den vorstehenden Ausführungen noch die S. iron, den in der „Dienstchrift“ enthaltenen Satz zu vertreten, daß auch den sozialdemokratischen Gewerkschaften die Frage des Tarifvertrages ist „die Anerkennung des Grundsatzes der Gleichberechtigung der beiden Faktoren des Arbeitsvertrages“, „das Vertrauen zu der höheren Form der Arbeitsverfassung“? Dessen ungeachtet wird das demnächst doch wieder der zehnmal gescheite „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker“ bringen. Und dann wie immer, unter gleichzeitiger Verdächtigung der Tariffreue der christlichen Gewerkschaften, die niemals einen Zweifel darüber gelassen haben, daß ihnen der Abschluß corporativer Arbeitsverträge auf dem Boden der Gleichberechtigung von Arbeitern und Unternehmern Hauptziel der gewerkschaftlichen Tätigkeit ist. Wir werden aber dann dafür sorgen, daß dem „Correspondent“ sein unsauberes und widerlich freches Handwerk gelegt wird.

Wer diese und andere Erscheinungen im Zusammenhang auf sich einwirken läßt, wird sich der Erkenntnis nicht verschließen können von einer gewissen Analogie zwischen der heutigen und der Situation vor dem Abschluß des Buchdruckertarifs. Diese Analogie findet ihre natürliche Erklärung darin, daß die Gewerkschaften, wie eingangs betont, wieder in die volle Abhängigkeit von der sozialdemokratischen Partei zurückgekehrt sind, aus der sie sich schwerer durch die Tarifvertragspolitik etwas befreien zu wollen scheinen. Sei denn flüst der Widerstreit zwischen gewerkschaftlicher Praxis und sozialdemokratischer Parteidoktrin wieder in seiner ganzen Breite und Tiefe auf ihn zu überbrücken, hält aber heute weit schwerer, denn in den 90er Jahren. Damals wurde die erlösende Formel nach unendlichen Schwierigkeiten schließlich gefunden in dem Beschuß des Frankfurter Gewerkschaftskongresses von 1899, wonin es namentlich heißt:

„Tarifliche Vereinbarungen, welche die Sohn- und Arbeitsbedingungen für eine bestimmte Zeit regeln, sind als Beweis der Netzwerke der Gewerkschaftsberechtigung der Arbeiter seitens der Unternehmer bei Festlegung der Arbeitsbedingungen zu erachten und in den Verträgen erstrebenswert, in welcher sowohl eine starke Organisation der Unternehmer wie auch der Arbeiter vorhanden ist ...“

Heute zieht der Gleichberechtigungsgedanke schon nicht mehr Den durch den Radikalismus überreizten Nerven muß ein stärkeres Pulser geboten werden, und da versäßt eine um ihre Prestige bauende Führung darauf, den Tarif als bestes Mittel zur Stärkung der eigenen Organisation bis zur Niederzwingung des Arbeitgebers unter deren Diktum zu proklamieren. Auf dem Wege zu diesem Ziele liegen auch die verstärkten Monopolbestrebungen der sozialdemokratischen Gewerkschaften, die schließlich als eine brauchbare „Entschuldigung“ dafür erscheinen, daß man sich überhaupt mit Tarifen abgibt. Die christlichen Arbeiter haben alle Veranlassung, diesen Erwartungen nachzugehen. Schon das Interesse einer friedlichen Tarifentwicklung erfordert heute dringender denn je eine starke christliche Arbeiterbewegung, die imstande ist, gegenüber den sozialdemokratischen Radikalisierungsbemühungen die Tarifsetzungsgewalten zu stützen und zu erhalten.

(Centralblatt.)

England, Deutschland und Amerika.

V. (Schluß)

Was die Fabrikzustände anbetrifft, so sagt Shadwell, daß hierin Deutschland am weitesten vorgeschritten ist, daß aber die Zustände in den englischen Fabriken immer noch besser sind, als in Nordamerika. Es gibt auch in England und Nordamerika Betriebe, die mit jedem Betriebe in Deutschland weitersitzen könnten, aber im ganzen genommen, als Durchschnitt, seien die Fabriken in Deutschland besser eingerichtet als in England und in noch größerem Abstand als in Nordamerika. Am geringsten sind die Unterschiede noch bei der Ausführung von guter Lust, da nach dieser Richtung in allen drei Ländern ähnliche Einrichtungen bestehen, wenn Shadwell auch hier den Deutschen den Vorzug zuerkennt. Hinsichtlich der Entwicklung der Arbeitsräume liegen die Verhältnisse in den englischen Fabriken am schlechtesten. Die Beleuchtung der Arbeitsräume ist am besten in Deutschland, am schlechtesten in Amerika, die Umgebung von gejährlichen Maschinen hält Shadwell in England am besten durchgeführt; in Amerika sind solche Sicherheitsvorrichtungen so gut wie gar nicht bekannt. Auch hinsichtlich der Staubbeseitigung steht Amerika am ungünstigsten da. Sanitäre Vorkehrungen, wie Einrichtung von Badestuben, Wasch- und Kleiderräumen usw. sind am häufigsten in Deutschland durchgeführt. Auch in Amerika läßt sich nach dieser Richtung wenig sagen, dagegen liegen die sanitären Einrichtungen in den englischen Fabriken noch sehr darnieder. Um meisten ragen aber die deutschen Fabriken hinsichtlich des sauberer Aussehens hervor. In Bezug auf

das Maschinenmaterial

wird den englischen Fabrikanten sowohl im Inland als auch im Ausland der Vorwurf gemacht, daß sie noch vielfach alte, wenig leistungsfähige Maschinen in den Betrieben hätten. Shadwell sagt dazu, daß dies nur sehr bedingt richtig sei. Ohne Berechtigung sei der erwähnte Vorwurf nicht, aber er sei auch nicht so allgemein zutreffend wie angenommen werde. Besonders in der für England wichtigen Textilindustrie wird nur mit hinter und neuzeitlichen Maschinen gearbeitet. Die Ausstellung der englischen Textilfabriken mit den neuesten Maschinen und Erfindungen wird sogar von Shadwell als auffällig hingestellt; auch von Amerikanern hat Shadwell gehört, daß die englischen Textilfabriken nach dieser Richtung an der Spitze stehen. Wenn auch die deutschen und amerikanischen Textilbetriebe ihre Maschinen verbessern, so folgen sie damit nur dem Beispiel Englands.

In anderen Branchen wie z. B. in der Lederindustrie und in einigen Metallbranchen blieben allerdings die englischen Fabrikanten eine Zeitlang mit ihren Maschinen im Rückstand; aber auch in diesen Zweigen ist es in den letzten Jahren unter der Konkurrenz der anderen Industrieländer besser geworden. Die Engländer sind vielfach mit ihrem Maschinenmaterial zurückgeblieben, weil sie den Weltmarkt konkurrenzlos zu beherrschen glaubten, während die Deutschen und Amerikaner das Beste streben, den Weltmarkt zu erobern und daher viele Neuerungen und Verbesserungen einführen. Das „Villgemeinniveau“ sagt Shadwell, „ist wahrscheinlich augenblicklich in Deutschland höher als in England und Amerika“. Unübertroffen ist jetzt Deutschland in der Herstellung von schweren Werkzeugmaschinen und hydraulischen Pressen. Im allgemeinen laufen die Maschinen in Amerika schneller als in den beiden anderen Ländern, aber diese Geschwindigkeit geschieht oft auf Kosten der Qualität und des Materialverbrauchs. Deshalb sind die amerikanischen Industrierzeugnisse im allgemeinen verschlechter und roher, als in England und Deutschland. Dagegen sagt Shadwell, daß in deutschen Betrieben oft zu gründlich gearbeitet wird, „Moralisch ein Vorzug, aber industriell ein Fehler“, sagt Shadwell dazu. — Neben die

Länge der Arbeitszeiten

sagt der Verfasser: „In jedem Lande variiert die Arbeitszeiten so sehr in den verschiedenen Arten und Gewerben, daß allgemeine Angaben darüber mit Bestimmtheit nicht gemacht werden können.“ Besonders gilt dies von den Vereinigten Staaten, wo die Abweichungen außerordentlich groß sind; aber auch in England und Deutschland sind die Abweichungen noch so groß, daß Durchschnittsziffern irreführend sein müßten. Wenn man einzelne Tätigkeiten vergleicht, für die in Amerika der Achtfesttag besteht, läßt sich nach Shadwell b. haupten, daß die Arbeitszeit in England durchschnittlich niedriger ist, als in Amerika und Deutschland. Für die Textilindustrie besteht in England wie wir schon angeführt haben, praktisch die 55 stündige Arbeitszeit in der Woche. In der großen englischen Maschinenbauindustrie beträgt die wöchentliche Arbeitszeit zwischen 48 und 65½ Stunden, doch besteht diese längste Arbeitszeit nur noch an kleinen Orten. In den großen Maschinenbauzentren dauert die mögliche Arbeitszeit 48, höchstens 53 Stunden, 52 Stunden dürfen für die englische Maschinenbauindustrie die

Durchschnittsziffer sein. Auch in der Kleineisen- und in der Schuhindustrie gelten diese Arbeitszeiten.

In Deutschland ist die Arbeitszeit noch länger als in England, sodaß sich vielleicht die durchschnittliche Arbeitszeit auf etwas unter 60 Stunden angeben läßt; er so lange wie nod diesch im Auslande angenommen werden, seien die Arbeitszeiten in Deutschland doch nicht, besonders wenn man von eitlegenen Beziehen absehe, in denen freilich noch 11 und 12 Std. gearbeitet werde. Dort, wo Schichtenwechsel besteht, sei allerdings England im Vorprung, weil dort meistens die Achtstundenrichthit eingehalten ist, wogegen Deutschland noch vielfach die Zwölfstundenrichthit hat. Bei einem zusammenfassenden Vergleich läßt sich vielleicht noch sagen, daß in den Hauptindustrien die wöchentliche Arbeitzeit in Deutschland 1 bis 1½ Stunde länger ist, als in England.

In den Fabriken der Vereinigten Staaten schwanken die wöchentlichen Arbeitszeiten zwischen 48 und 84 Stunden. Bezüglich der Länge der Arbeitszeiten müssen mehrere einzelne Staaten als die einzelnen Industriezweige unterschieden werden. In den Textilunternehmungen der Südstaaten beträgt die Mindestarbeitszeit 63 Stunden, sie geht aber weit höher hinauf. Auch in der Gruppe Metallindustrie finden sich in Amerika die größten Abweichungen. Es gibt einzelne, aber kleinere Werke, wo die Arbeitszeit 50 und 54 Stunden beträgt, vielfach wird aber auch 66 und 72 Stunden gearbeitet. In Connecticut dauert z. B. die Nachschicht 14, die Tagschicht 10 Stunden. Dabei wird ohne Freizeit für den einzelnen Arbeiter in steter Folge Nacht- und Tagschicht geleistet. In der Papierfabrikation dauert die Arbeitszeit 60 bis 72 Stunden, in der Schuhindustrie 60 bis 69 Stunden. Shadwell sagt aber, daß sich in den letzten Jahren auch in Amerika ein starkes und erfolgreiches Drängen nach Herabsetzung der Arbeitszeit bemerkbar mache. Bezüglich der Nebenarbeit sagt Shadwell, daß sie in Deutschland und Amerika gebräuchlicher ist, als in England. Bei öffentlichen Arbeiten ist in Amerika vielfach der Achtstundentag vorgeschrieben; doch würden diese Gesetze von den Grünen in einigen Staaten für ungültig erklärt, weil diese Gesetze nach Meinung der berechtigten Gerichte verfassungswidrig seien.

Die Schwierigkeiten, die sich bei der Ermittlung der Arbeitszeiten ergeben, sind in noch stärkerem Maße bei der Ermittlung der

Arbeitslöhne

vorhanden. Wenn man die Löhne der drei Länder in Verhältniszahlen setzt, so kann nach Shadwell vielleicht folgendes behauptet werden: Wird die Lohnhöhe in England mit 100 angenommen, so beträgt sie in Deutschland 78,8 und in Amerika 142,8. Nach einem Blaubuch des englischen Handelsministeriums sollen die Arbeitslöhne in den drei Ländern in folgendem Verhältnis stehen: In den Hauptstädten in England 100, in Deutschland 57 und in Amerika 179, in anderen Städten in England 100, in Deutschland 63, in Amerika 193. Das wären also bedeutend größere Differenzen. Doch kommt Shadwell nach seinen Studien zu dem Schluß, daß die in dem Blaubuch aufgeführten Löhne für Deutschland zu niedrig und für Amerika zu hoch angegeben seien. Das für Deutschland aufgestellte Verhältnis entspricht nur den deutschen Minimallöhnen.

Die größte Verschiedenheit bestehet in den drei Ländern bezüglich der

Arbeiterversicherung

und der Unterstützung bei Unfällen, Krankheiten usw. Hier nimmt Deutschland mit seiner Arbeiterversicherung, die sich aus Zwangserspartnissen, Staatshilfe und Pflichtbeiträgen der Arbeitgeber zusammensetzt, die erste Stelle ein. Shadwell gibt einen Überblick über die deutsche Arbeiterversicherung, den wir hier weglassen können, da ja die Bestimmungen der verschiedenen Arten der deutschen Sozialversicherung für den deutschen Leser nichts Neues bieten. In England und Amerika besteht nichts, was der deutschen Sozialversicherung gleichgesetzt werden könnte; aber in England enthält das Gesetz wenigstens Sondervorschriften über Entschädigung für bestimmt verlassene Personen bei Unfällen, die sie in Ausübung ihres Berufes erlitten haben. Das englische Haftpflichtversicherungsgesetz umfaßt Unfälle im Eisenbahnbetrieb, in Fabriken, im Bergbau, in Steinbrüchen, Maschinenbauanstalten und ähnlichen Betrieben, die auf Bauten von mehr als 30 Fuß Höhe entstanden sind und seit 1900 auch Unfälle, die in landwirtschaftlichen Betrieben vorkommen. Voraussetzung der Unfallentschädigung ist, daß kein Selbstverschulden des Arbeiters vorliegt. Die Arbeitgeber sind berechtigt, mit ihren Arbeitern an Stelle der gesetzlichen Bestimmungen ein anderes Entschädigungs- und Versicherungssystem zu vereinbaren, wenn die Aufsichtsbehörde bescheinigt, daß diese Abmachungen für die Arbeiter keine Verschlechterung gegenüber den gesetzlichen Bestimmungen bringen. Von diesem Recht wird aber nur in ganz geringem Umfang Gebrauch gemacht.

Über die Entschädigung bei Unfällen mag folgendes angeführt werden: Hinterläßt ein tödlich verunglückter Arbeiter Angehörige, die völlig auf seine Einnahmen angewiesen sind, so beträgt die Entschädigung die Lohnsumme für drei Jahre, jedoch nicht unter 3000 Pfund und nicht über 6000 Mark. Bei dauernder Erwerbsunfähigkeit infolge eines Unfalls ist die Hälfte des früheren Wochenverdienstes bis zum Maximalbeitrag von 20 Mark als Rente zu beziehen, jedoch nur sechs Monate. Nach dieser Zeit muß eine Abfindungssumme gezahlt werden, die durch freie Vereinbarung oder durch Schiedsgericht festgesetzt wird. Wieviel auf diese Weise von den englischen Unternehmern Entschädigungen gezahlt werden, läßt sich nicht feststellen, da hierüber keine Statistiken existieren. In einem großen englischen Betrieb fand Shadwell, daß von 1000 Mark Löhnen 4 Mark als Unfallschädigung gerechnet werden müssen. In Amerika können die Arbeiter bei Unfällen gegen Arbeitgeber nur auf dem Wege des gewöhnlichen Gesetzes vorgehen, doch sind die Einzelbestimmungen in den einzelnen Ländern sehr verschiedenartig. — Bei den

Wohlfahrtsseinrichtungen

will sich Shadwell nicht auf eine bestimmte Meinung festlegen; er zweifelt nicht daran, daß manche Unternehmer dabei selbstlose Absichten verfolgen, kann es aber auch den Arbeitern nicht verdanken, wenn sie oft den Wohlfahrtsinstituten misstrauen gegenüberstehen. Bedenkt man, daß Shadwell für die Zukunft eher eine Abnehmende als ein zunehmender Wohlfahrtsbedarf sieht, so ist die Zukunft eher ein Abnehmen als ein Zunehmen der Wohlfahrtseinrichtungen für sicher. Die heutigen Arbeiter wollen eben überall seine Wohltaten mehr, sondern Rechte. Shadwells Meinung geht dahin, daß Wohlfahrtseinrichtungen in England und Amerika viel seltener sind als in Deutschland. — Bezüglich der

Wohnungsverhältnisse

lassen sich natürlich auch nur schwer Vergleiche ziehen, weil auch hier verschiedene Unterlagen nötig wären. Nach Shadwells Erfahrungen und auch nach dem bereits erwähnten Blaubuch des englischen Handelsministeriums sind die Mieten in Amerika ungewöhnlich hoch als in England. Durchschnitt steht ungefähr in der Mitte, neigt sich aber mehr Amerika als England zu. Die Wohnlichkeit ist in Deutschland viel höher, als in den beiden anderen Ländern. Nach den Ermittelungen Shadwells wohnten in einem Hause durchschnittlich 5,2 Personen in England, 5,3 Personen in den Vereinigten Staaten und 8,9 Personen in Deutschland. Noch wesentlich größer ist die Differenz, wenn wir die Wohnlichkeit in den großen Städten der drei Länder betrachten. Danach stellt sich die Wohnlichkeit in den zehn größten Städten auf 4,5 Bewohner pro Haus in England, auf 8,2 Bewohner in den Vereinigten Staaten und auf 26,5 Personen in Deutschland.

Was speziell die drei Reichshauptstädte betrifft, so betrug die Wohnlichkeit pro Haus in London 7,9 Bewohner, in New-York 13,7 und in Berlin 46,6 Bewohner. Der englische Arbeiter wohnt mehr in Einzelhäuschen, der deutsche mehr in Mietkasernen, der amerikanische Arbeiter wohnt vielfach in einem Hause, das keine Mietkasernre, das aber auch kein Einzelhäuschen ist. Shadwell hat gefunden, daß es in England mehr Slums-Häuser mit lust- und lichtarmen Wohnungen und versunkenen und schmutzigen als in Deutschland oder Amerika gibt, weil viele Industriebezirke in England ein viel höheres Alter haben, aber er sagt auch, daß es in England zahlreiche Bevölkerungsklassen gibt, die eben jedes Haus in einen Slum verwandeln. Zu diesem Punkte sagt der Verfasser:

„Ich bin in den Höhlen der Lumpensammler in Paris gewesen, in den Raftashäusern von Petersburg, in den Dorfhäusern in Ungarn und in den Armenwohnungen in Südeuropa, aber nirgends habe ich Leute gefunden, die an sich so schmutzig waren und freiwillig inmitten solchen Schmutzes lebten wie in England“ und sagt weiter: „So arm und überfüllt ein deutsches Heim sein mag träßt es doch sehr selten jenen Stempel von Schmutz und Elend, der in London, Manchester, Liverpool und ähnlichen Städten das Gewöhnliche ist.“

Von Amerika sagt der Verfasser, daß dort die Wohnhäuser wohl genug Licht und Luft haben, daß aber sehr siedlerisch gebaut wird. In England und Amerika entfalten die Baugenossenschaften und ähnliche Organisationen eine viel größere Wirksamkeit als in Deutschland, doch geht es auch in Deutschland mit dieser Bewegung vorwärts. Infolge der Tätigkeit der Baugenossenschaften sind auch die amerikanischen und englischen Arbeiter viel öfter Hauseigentümer als die deutschen Arbeiter.

Die Kosten des Haushalts

und die körperliche Beschaffenheit der Arbeiter lassen leicht einen Vergleich zu, als andere Fragen, die vorher behandelt worden sind. Die Höhe der Mietausgaben sind schon erwähnt worden. Den Kosten für die Lebensmittel, die wohl rund 50 Prozent der Ausgaben der Arbeiterfamilien ausmachen, muß eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Manche Nahrungsmittel sind in Amerika etwas billiger, als in Deutschland und England, andere sind wesentlich teuer. Ein Vergleich ist auch hier oft schwer, weil die Qualitäten zu verschiedenartig sind. Im ganzen dürften die Nahrungsmittel in Amerika etwas billiger sein als in England und Deutschland. In den letzten Jahren sind zwar die Lebensmittel in Deutschland wesentlich im Preise gestiegen, aber daselbe ist in Amerika der Fall, wo vor einigen Monaten zur Bekämpfung des Fleischkrustes mit seinen hohen Fleischpreisen sogar ein Fleischboykott inszeniert wurde.

Was die Kleidung anbetrifft, so lassen sich die Verhältnisse der deutschen Arbeiter am ersten mit den Verhältnissen der amerikanischen Arbeiter vergleichen. Die Arbeiter beider Länder und besonders die Kinder der Arbeiter gehen in Deutschland und Amerika sehr adrett, wogegen Shadwell den englischen Arbeitern den Vorwurf macht, daß sie oft sehr schmutzig und zerlumpt gehen. In Amerika sollen die Arbeiter ungefähr 15 Prozent ihrer Einnahmen für Kleider ausgeben, für Berliner Arbeiter wird dieser Anteil auf 8 Prozent angegeben. Die höhere Ausgabe für Kleidung bei den amerikanischen Arbeitern kommt wohl daher, weil in Amerika die Preise für Kleidungsstücke viel höher sind, als in Deutschland. Ein Anzug kostet in den Vereinigten Staaten wohl mindestens den doppelten Preis gegenüber den englischen Preisen und noch höher ist der Abstand zu den Preisen in Deutschland. Ein Hut kostet in den Vereinigten Staaten wohl vier mal so viel wie in England. Billig sind dagegen in Amerika die Schuhe. Die Besteuerung durch Staat und Gemeinden hält Shadwell in Deutschland höher als in den anderen Ländern, auch schon deshalb, weil z. B. in England die Gemeindesteuern schon in der Miete enthalten sind. Die meisten Lebensbedürfnisse und die Haushaltungsgegenstände müssen in Amerika viel höher bezahlt werden, als in anderen Ländern. Haarschniden, Wasieren und die Besiedlung ähnlicher kleiner Bedürfnisse, kleine Vergnügungen usw. müssen in den Vereinigten Staaten dreimal vier mal teurer bezahlt werden, als in England und Deutschland. Im allgemeinen wird in Amerika der höhere Wohn durch die höheren Lebensmittelverhältnisse, was die körperliche Beschaffenheit betrifft, so glaubt Shadwell nicht, daß die Industrie notwendig eine Degeneration mit sich bringen müsse; das allgemeine Niveau der körperlichen Beschaffenheit findet der Verfasser am höchsten in Deutschland, in England seien viel mehr schlecht aussehende Menschen zu finden, als in Deutschland, was hauptsächlich auf die Vernachlässigung der Jugend zurückzuführen sei. — Unter dem Kapitel:

Soziale Zustände

wird Shadwell besonders ausführlich bei den Spielen, die in England zu einer wahren Nationalleidenschaft geworden sind. Besonders das Fußballspiel hat in England eine Verbreitung gefunden, von der wir uns in Deutschland kaum die richtige Vorstellung machen können und zwar ist das Fußballspiel hauptsächlich das Spiel der ärmeren Bevölkerungsklassen. Bei großen Fußballspielen sehen in England oft Zehntausende von Arbeitern zu, auch sonst hat in England der Sport eine viel weitere Verbreitung gefunden, als in Deutschland oder Amerika. Auch das Wettenwesen hat beim englischen Volke und speziell auch bei den englischen Arbeitern mehr Eingang gefunden, als in anderen Ländern.

Der Alkoholverbrauch ist in allen drei Ländern ziemlich bedeutend; im allgemeinen hält Shadwell den deutschen Arbeiter für weniger alkoholisiert als den englischen oder amerikanischen Arbeiter. Besonders hebt Shadwell hervor, daß in Deutschland die Frauen selten trinken, wogegen betrunken Frauen in England und Amerika keine Seltenheit sind.

Die Ausführungen über die verschiedenen Arten der Armengefegebung sind zu umfangreich, als daß wir auch nur eine kurze Übersicht geben könnten. Die Sparassen eingaben sind in Deutschland höher als in England und Amerika; besonders hoch ist die ständige Steigerung der Sparasseneingaben in Deutschland. Dafür dürften freilich in England höhere Summen in Genossenschaften und Fässerien angelegt sein. Sehr viele Arbeiter in England, vielleicht mehr als in Amerika und Deutschland, leben nur von der Hand in den Mund, woraus sich die große Zahl der Pausleihen in England erklärt.

Als Schlussfolgerung wird angeführt, daß England lange Zeit an der Spitze der industriellen Entwicklung stand, daß es aber von anderen Ländern wie Amerika und Deutschland eingeholt und nach mancher Richtung überholt worden ist.

A. M. — Berlin.

Gesetz gegen Geheimmittel und Kurpfuscher.

Bis zur Einführung der Gewerbefreiheit im Jahre 1869 bestand in fast allen deutschen Staaten ein sogenanntes Kurpfuschereiverbot. Dieses Verbot wurde damals aufgehoben und die Ausübung der Heilatüte jedermann, ohne Rücksicht auf Vorbildung oder Kenntnisse gestattet. Die sogenannte Kleine Chirurgie, z. B. kann von jedem ausgeübt werden,

ohne daß eine vorherige amtliche Prüfung oder Konzession nötig wäre. Es ist demjenigen, der eine Heilfähigkeit ansiebt, lediglich verboten, sich einen Titel beizulegen, durch den der Glaube erweckt wird, es handle sich um eine geprüfte Medizinalperson. Personen, welche sich als Ärzte, Zahntechniker oder Tierärzte, oder mit gleichbedeutenden Titeln bezeichnen, bedürfen einer behördlichen Approbation. Zur Behandlung der unserer Sozialversicherung Unterworfenen, z. B. der Krankenkassenmitglieder, dürfen in der Hauptrichtung nur approbierte Ärzte herangezogen werden. Durch diese Vorschrift wurde diesen Ärzten ein weiterer Wirkungs- und Erwerbszweig gesichert.

Bei Einführung der Kurierfreiheit, 1869, standen die Ärzte und Arzterevereine als Vorlämpfer für diese in erster Linie. Der fortschrittliche Abgeordnete Prof. Dr. med. Löwe-Catle erklärte damals im Reichstag: „Es ist ein natürliches Recht eines jeden, die medizinische Hilfe zu nehmen, wo er sie findet, sei es auch unter dem Pelze eines alten Schäfers, von dem er überzeugt ist, daß er ihn heilen könne. Sie können Sie glauben, die Volksbildung und Aufklärung zu fördern, wenn Sie denselben, der die Heilung auf einem andern als dem vom Gesetz vorgeschriebenen Wege vollzieht, aber gut vollzieht, zur Strafe bringen?“

Heute ist die Stellung der Arzteschaft eine ganz andere. Sie verlangt in ihrer Mehrheit, zunächst aus materiellen Gründen, das Monopol der Heilbehandlung und Beseitigung aller Konkurrenz. Gegen die Freiheit der Heilbehandlung, gegen die Kurpfuscherei, richten sich viele Eingaben ärztlicher Vereine an Regierungen und Parlamente. Sie haben nun Erfolg gehabt. Dem Reichstag ist bei seinem Zusammentritt am 22. November 1910, ein Gesetzentwurf gegen Mißstände im Heilbeispiel vorgelegt worden. In den Veröffentlichungen des „Bundes für freie Heilkunst“ wird der Entwurf genannt: ein Gesetz von Ärzten für den Aerztestand. Das stimmt wohl nicht ganz.

Der Gesetzentwurf will schwindsüchtige Fässer und die Anwendung getreuer Heils- und Hilfsmittel verbieten, bzw. unter Strafe stellen. Weiter soll der Bundesrat das Recht erhalten, den Verlehr mit Gegenständen, die dem präventiven Geschlechtsverkehr dienen, zu beschränken oder zu untersagen. Dieser Teil des Gesetzes wird man unbedingt zuzustimmen müssen. Der Entwurf sieht davon ab, zur Begründung der letzten Forderung sittliche Gründe anzuführen, es werden volkswirtschaftliche Gründe angegeben und gesagt: Durch die im Verkehr befindlichen und zur Anwendung gelangenden Gegenstände wird nicht nur die Volksgesundheit geschädigt, sondern auch der Geburtenhäufigkeit erheblich entgegengewirkt. Diese ist aber in Deutschland trotz der Zunahme der Bevölkerung schon seit längeren Jahren eine Konstante geblieben. Derartige Erscheinungen erfordern ernste Beachtung und schleunige Anwendung geeigneter Abwehrmaßregeln.“ Die hier mit feststellbaren Erscheinungen ist besonders in den sogenannten besseren Gesellschaftsschichten und in den Städten wahrzunehmen. Ob da das in Aussicht genommene Gegenmittel allein zur Abstellung der beklagten Schäden ausreichend sein wird, ist sehr fraglich. Darüber wird an anderer Stelle weiter zu reden sein.

Auch das Vorgehen gegen den Geheimmittel-Schwindel ist zu begrüßen. Das Geheimmittewesen hat schon viel Unheil angerichtet und schwere wirtschaftliche und gesundheitliche Nachteile so manchem schon gebracht. Große Mengen Geldes werden alljährlich für oft ganz wertlose Arzneien, Salben und Pillen ausgegeben. Der Umsatz von Geheimmitteln und Spezialitäten soll in Deutschland allein im Jahre 1898/99 30 Millionen Mark betragen haben. Der Mangel des Gesetzentwurfs besteht darin, daß er eine Definition, eine Begriffsbestimmung von Geheimmitteln nicht gibt. Vielleicht kann die in der Anleitung zur Durchführung des Polizei- und Strafgesetzes bestehende Begriffsbestimmung von Geheimmitteln nicht einfach unter „Geheimmittel“ fallen.

Was nun die „Kurpfuscher“ betrifft, so will der Gesetzentwurf formell zwar deren Tätigkeit nicht ganz verbieten, sie aber doch so einschränken, und unter Aussicht stellen, daß dies praktisch die Wirkung eines Verbots haben dürfte. Dabei ist zu beachten, daß den Vorschriften des Gesetzes alle Personen unterworfen werden sollen, welche das Heilgewerbe ausüben, z. B. Zahntechniker, Heilgehilfen, Bader, auch Personen, die mit Geschick und Fachkenntnis orthopädische Behandlung anwenden. Auch die Homöopathen fallen unter dieses Gesetz. Es wird diesen Personen die Auflage gemacht, ihren Gewerbebetrieb anzugeben, auf Erfordern der Behörden Auskunft zu geben über ihre persönlichen und geschäftlichen Verhältnisse; es wird verboten die Fernbehandlung, die Behandlung mittels mystischer Verfahren, die Behandlung geheimergefährlicher Krankheiten, dann der Syphilis und Krankheiten der Geschlechtsorgane; die Behandlung von Krebskrankheiten, die Behandlung mittels Hypnose, sowie mittels Betäubungsmitteln, mit Ausnahme solter, die nicht über den Ort der Anwendung hinauswirken; weiter wird verboten die Behandlung unter Anwendung von Einpräsu-

gen unter die Haut oder in die Blutbahn. Man wird zugeben müssen, daß ein Teil dieser Bestimmungen recht fertig erscheint. Mit dem Behandlungsverbot für Heilkundige ist nun aber keineswegs die Garantie dafür gegeben, daß nicht auch approbierte Ärzte eine unrechte Diagnose stellen und Patienten falsch behandelt werden. Es ist eine Erfahrungssache, daß gewissenhafte Heilpraktiker mit natürlicher Bejahigung oft vorzügliche Heilerfolge aufzuweisen hatten; man denke nur an den Pfarrer Kneipp. Warum sollten solche Personen zum Heil der Menschheit nicht weiter wirken dürfen! Hier muß das bereits angeführte Wort: Es ist ein natürliches Recht eines jeden, die medizinische Hilfe zu nehmen, wo er sie findet, Gelung behalten. In der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“ Nr. 15 vom 13. April 1909 schrieb Dr. med. M. Rassauer: „Der Wahnsinn der medikamentösen Heilkunst der letzten Jahrzehnte, die „heilenden“ Mittel aus der alten, breunenden, chemischen Küche mit Vorliebe zu nehmen, dürfte überhaupt einmal eine gründliche Beleuchtung erfahren... Man könnte von den Kurpfuschen, die manches alte Kräuterkern hervorgeholt haben, hier und da mit Nutzen lernen.“ In einer Versammlung des Berliner Vereins für Volkskunde im April 1909 erklärte Dr. Helling: Es läßt sich der Nachweis führen, daß durch Einpräsuungen eine heilsame Wirkung ausgeübt wurde und weiter: Es ist nicht alles in der Volksmedizin zu verwerten. Dazu kommt, daß die Suggestion eine große Rolle spielt... ärztliche Zeugnisse für den Erfolg liegen vor.

Wenn selbst Ärzte es anerkennen, daß Volksmedizin und Kurpfuscherei auch etwas Gutes haben, warum nun sie vernichten!

Aber nicht nur die gewerbsmäßige Kurpfuscherei, sondern auch die „gelegentliche“ soll unterbunden werden. Es soll mit Geldstrafe oder mit Haft bestraft werden, wer gegen Entgelt einen Menschen oder ein Tier wegen einer Krankheit, eines Leidens oder eines Körperschadens behandelt, ohne dazu staatlich anerkannt (approbiert) zu sein, und ohne eine entsprechende Anzeige erstattet zu haben. Wenn diese Bestimmung Gesetz würde, dann durfte kein Haushalt mehr Tierhilfe leisten, wie es heute vielfach üblich und oft nötig ist, um den Nachbarn vor größeren Schäden zu bewahren. Ade auch du, orthopädischer Schuster, in Zukunft muß der Approbierte das tun, was es gilt, jü einen dauernden Fuß einen Stiefel zu machen. Das alte Mütterlein, das mit ihren exprobten Salben so manchen Schmerz gelindert und dafür eine Kleinigkeit als Gegenleistung erhält, auch es verfällt dem Gesetz. Und all das aus Gründen der Volksgesundheit, oder...? Der Reichstag wird diese Frage und das ganze Gesetz eingehend zu prüfen haben.

Internationaler Zinkhütten-Verband.

Die Mitglieder des Internationalen Zinkhütten-Verbandes haben in ihrer Sitzung vom 10. Okt. d. J. die Verlängerung des Syndikats beschlossen. Man hatte die Betrachtungen über die Erneuerung des Verbandes, der am Ende dieses Jahres abläuft, schon im Mai dieses Jahres begonnen, damals jedoch über die Höhe der Erzeugung bzw. über das Maß der „Contingentierung“ Einigung nicht erzielt. Im Monat September traten dann die Bevolligten mit besserem Erfolge wieder zusammen, und das Ergebnis der Verhandlungen war fast völlige Verständigung über die strittigen Punkte. Einmal handelte es sich um die Erneuerung der drei Unterverbände. Die Gruppe I umfaßt die deutschen und einige belgischen Werke, die Gruppe II die übrigen belgischen, französischen, italienischen und spanischen und die Gruppe III die englischen Werke. Auch Amerika ist am Internationalen Zinkhütten-Verbande stark beteiligt.

Die Zinkproduktion der Welt zeigt nach einer Zusammenstellung der „A. B.“ in den letzten sechs Jahren folgendes Bild (in englischen Tonnen von je 1016 fl.).:

| | 1909 | 1908 | 1907 | 1906 | 1905 | 1904 |
|-------------------------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|
| Rheinland | 73 990 | 72 050 | 69 140 | 67 615 | 66 185 | 64 360 |
| Schlesien | 14.6 5 | 14.410 | 136 260 | 134 180 | 127 895 | 128 695 |
| Belgien | 164 470 | 162 420 | 152 060 | 150 060 | 14 800 | 13 750 |
| Nederland | 19 140 | 16 985 | 14 755 | 14 420 | 13 555 | 12 895 |
| Großbritann. | 58 415 | 53 615 | 54 720 | 51 760 | 50 125 | 46 490 |
| Frankreich und Spanien | 55 285 | 54 940 | 54 355 | 52 940 | 49 515 | 48 310 |
| Deutschland und Italien | 12 440 | 12 560 | 11 180 | 10 610 | 9 210 | 9 100 |
| Polen | 9 000 | 8 700 | 9 585 | 9 450 | 7 521 | 10 440 |
| Insgeamt | 535 415 | 52 600 | 502 575 | 491 450 | 467 600 | 452 070 |
| Australien | — | 1 070 | 990 | 910 | — | — |
| Ber. Staaten | 236 650 | 185 950 | 242 265 | 193 910 | 180 860 | 163 200 |
| Insgeamt | 772 075 | 710 700 | 726 820 | 690 965 | 647 250 | 615 290 |
| Einfuhr in England | 162 576 | 90 100 | 89 325 | 92 704 | 99 808 | 88 699 |

Wie diese Zusammenstellung ergibt, ist nach dem Rückgang der Weltproduktion i. J. 1905, der lediglich auf Rechnung der Vereinigten Staaten zu setzen war, im Jahre 1909 wieder kräftige Steigerung der Erzeugung eingetreten. Das Mehr gegenüber dem Jahre 1908 beträgt 61 373 To. oder rund 8,69 Prozent; davon entfallen 49 710 To. auf die Vereinigten Staaten und 12 735 To. auf die europäischen Erzeugungsänder, während Australien für Australien Erzeugungs-

ziffern überhaupt nicht zu verzeichnen sind. Für Rheinland und Schlesien wurde die Erzeugung mit 216 615 Tonnen (i. B. 213 460 To.) ermittelt; das bedeutet gegen das Vorjahr einen Zuwachs um 1,47 Prozent (i. B. 3,91 Prozent).

Bei der Preisgestaltung spielte die europäische Zinkkonvention eine große Rolle, wenn auch nicht bekannt werden soll, daß die überaus günstige Lage, die sich mit dem Fortschreiten des Jahres in der Zinkindustrie herausgebildet hat, ihr wesentlich zu Hilfe kam. Die im Vergleich mit Europa weit bessere allgemeine wirtschaftliche Lage in den Vereinigten Staaten wirkte nach derselben Richtung. Unter diesen Verhältnissen trat am Marktmarkt nahezu drückende Preisbesserung ein, die in einem höheren Jahresdurchschnittspreise zum Ausdruck kam. Der Durchschnittspreis für Zink, ab Schiff, berechnete sich für das verlorenen Jahr auf £ 22,3 gegen £ 20,6,6 im Jahre 1908, £ 23,16,9 im Jahre 1907 und £ 27,1,5 im Jahre 1906. In der Erhöhung des Durchschnittspreises macht sich offenbar die Wirkung des Internationalen Zinksyndikats bemerkbar. Der Preisrückgang vollzog sich beim letzten wirtschaftlichen Niedergange unter dem Einfluß der Verhandlungen über den Vertrag in bedeutend geringerem Grade, als im Jahre 1901; der Jahresdurchschnittspreis in London betrug nämlich 1900 £ 20,05,06, im Jahre 1901 £ 17,00,07, im Jahre 1902 £ 18,00,11, ebenso klangen die Zinkpreise unter allen Metallpreisen bisher im Laufe des Aufschwunges infolge der Abstimmung von Nachfrage und Erzeugung die erheblichste Aufbesserung erfahren.

In Deutschland bietet die Zinkerzeugung in Schlesien und Rheinland-Westfalen einer breiten Bevölkerungsschicht Beschäftigung. Sowohl die deutsche, als auch insbesondere die belgische Zinkgewinnung ist auf den Absatz auf dem Weltmarkt angewiesen, während der Verbrauch Großbritanniens durch seine heimischen Zinkhütten auch nicht annähernd gedeckt wird. Da in England nur etwas über 50 000 To. in Deutschland aber über 200 000 To. Rohzink erzeugt werden, erscheint es seltsam, daß die Preise für Zink gerade an der Londoner Börse geregelt werden. Dabei muß allerdings in Betracht gezogen werden, daß die belgische Zinkerzeugung von mehr als 160 000 To., wovon im Lande etwa 70 000 To. im Export gehen, ganz nach England geht, und daß in Deutschland selbst von der deutschen Erzeugung über 150 000 To. zu Walzzwecken für die Herstellung von Messing, zur Zinkindustrie zum Zinkgas usw. weiter verarbeitet werden, und der Rest von 50 000 To. Rohzink auf vorzugsweise nach England zur Verschiffung gelangt. Die Hauptwerke in Schlesien, sowie im Rheinlande haben schon seit vielen Jahrzehnten eigene Vertreter zum Verkauf ihres Rohzinks in London. In England, wo der umfangreichste Betrieb von Zinkindustrien stattfindet, werden jährlich etwa 150 Tausend Tonnen Rohzink verbraucht, das teils, wie bereits bemerkt, aus Deutschland und Belgien, teils aus Amerika bezogen wird, während es vorzugsweise London ist, von wo aus der Bedarf an Rohzink aller andern Länder gedeckt wird. Wenn also England auch für die Erzeugung von Rohzink ziemlich ungebunden erscheint, so ist es andererseits ein hervorragender Verbraucher von Zink und der hauptsächlichste Vermittler im Rohzinkhandel für alle Länder; daraus erklärt es sich, daß die Londoner Börse für den Rohzinkpreis fast allein ausschlaggebend ist.

Die wichtigsten deutschen Werke sind Hohenlohe Werke A.-G., Schlesische A.-G., Lipine, Georg v. Giesches Erben, die Werke des Grafen Hugo von Thurn und Taxis, die Gruppe I umfaßt die deutschen und einige belgischen Werke, die Gruppe II die übrigen belgischen, französischen, italienischen und spanischen und die Gruppe III die englischen Werke. Auch Amerika ist am Internationalen Zinkhütten-Verbande stark beteiligt.

Die wichtigsten belgischen Werke sind

Gewerkschaftliches.

Eine bedeutsame kirchliche Kundgebung zur Gewerkschaftsfrage.

In letzter Zeit hatten es die zahlreichen offenen und verdeckten Gegner unserer Bewegung verstanden, durch allerhand Gerüchte eine gewisse Unruhe und Erregung im katholischen Arbeiterlager herorzurufen. Man sprach von einem bevorstehenden Verbot katholischer (den christlichen Gewerkschaften freundlich gesinnter) Organisationen, von einem katholischen Machtwort gegen die christlichen Berufsorganisationen usw. In unserem Organ wurde schon erwähnt, daß diejenigen, die auf ein derartiges Machtwort hingewirkt oder gehofft haben, nicht auf ihre Rechnung gekommen sind. Eine hochbedeutende Klärung der Sache bringt nun ein Hirtenbrief des Herrn Kardinal-Erzbischofs Fischer von Köln, der seinen Kardinal-Erzbischofs Fischer von Köln, der seinen Hirtenbriefen über das Ergebnis seiner Hirtenreise berichtet. (Veröffentlicht in der Kölnischen Volkszeitung Nr. 1014 vom 3. Dez. 1910) „... laßt Euch nicht verwirren und nicht beunruhigen.“ Er weist sich der Kardinal-Erzbischof von Köln an seine Gläubigen; Der Papst denkt gar nicht an irgend welche Verurteilung der vorhin erwähnten Organisationen. Bezuglich der christlichen Gewerkschaften heißt es wörtlich in dem Hirtenbrief:

„Ich sage noch ehrlich bei, daß der Papst mit Entschiedenheit erklärt hat, daß er in der sogenannten Gewerkschaftsfrage nach wie vor den bisherigen Standpunkt einnehme, nämlich daß er den beiden Richtungen die in dieser Hinsicht in Deutschland bestehen, gleichmäßig neutral gegenüberstehe. Das dient zur Beruhigung für unsere katholischen Arbeiter, die den „christlichen Gewerkschaften“ beigetreten sind oder beizutreten gedenken. Nur knüpfte ich daran, wieder im Sinne und Geiste des Heiligen Vaters, zwei Bemerkungen. Erstens wird es für die Zukunft immer mehr unser Bestreben sein, neben den Gewerkschaften unsere spezifisch katholischen Arbeiterorganisationen — Arbeitervereine, Junglingsvereine, Gesellenvereine, Kongregationen usw. — weiter auszubauen, sie nach Möglichkeit zu fördern und so den religiösen, den katholischen Geist in unserer braven, katholischen Arbeiterwelt zu pflegen und zu verleben. Zweitens (und das liegt dem Heiligen Vater und eurem Bischof besonders am Herzen) möge nunmehr endlich aller Haber und Zwist zwischen den beiden Richtungen auf gewerkschaftlichem Gebiete aufhören! Mögen dieselben, wenn nicht miteinander, so wenigstens nebeneinander wirken, ohne sich gegenseitig, zur Freude des Gegners, zum Schaden der Arbeiterwelt, zum Vergernis für weite Kreise, zu beschuldigen und zu befeindeln! Alle, die es angeht, haben in dieser Hinsicht eine ernste Verantwortung. Alle, die Einfluß haben, müssen bewusst in diesem Sinne wirken! Ich selber werbe es nachhaltig tun in der Diözese und rechne auf den Beistand von Clerus und Bauen.“

Die katholischen Mitglieder und Freunde der christlichen Gewerkschaften werden der Mahnung zum Frieden gern und freudig nachkommen. Wir für unsern Teil waren stets und sind auch jetzt bereit, die Streitart zu begraben, sofern auf der andern (Fachabteilung) Seite derselbe gute Wille zum schiedlich-friedlichem Nebeneinanderarbeiten vorhanden ist und praktisch betätigt wird. Mit der vorstehenden Kundgebung dürfte aber endlich allen Angriffen und Verdächtigungen gegen die christlichen Gewerkschaften vom kirchlich-religiösen Standpunkt aus der Boden entzogen sein.

Zu derselben Angelegenheit schreibt die „König. Polizei-Ztg.“:

„Der wesentlichste Schritt, um der Erfüllung des Friedenswunsches, beim Exkardinal Fischer in so eindrücklichen Worten Ausdruck gibt, näherzukommen, wäre die Beendigung des Habers wenigstens auf religiösem Gebiete, d. h. der Verzicht auf jeden weiteren Versuch, die kirchliche Zulässigkeit der christlichen Gewerkschaften in Frage zu stellen. Man sollte meinen, dieser Verzicht könnte nach der wiederholten autoritativen Bekundung der vollen Neutralität des römischen Stuhles den katholischen Gegnern der christlichen Gewerkschaften nicht mehr schwer fallen.“

Die Stellung der christlichen Gewerkschaften zur Religion.

Am 22. November fand in Mülhausen i. E. eine von 1200 christlichen Gewerkschaftern besuchte Versammlung statt, in der Kollege Stegerwald die Stellung der christlichen Gewerkschaften zum Staate und den Unternehmern, zur Religion und Politik behandelte. Zu der speziellsten, in der Ueberschrift gekennzeichneten Frage führte er aus:

Die christlichen Gewerkschaften sind keine religiösen Organisationen. Für die Befriedigung der besonders gearteten Verhältnisse und Bedürfnisse der Arbeiterwelt auf religiös-sittlichem Gebiete im Hinblick auf die Bestrebungen der deutschen Sozialdemokratie seien die konfessionellen Arbeitervereine geschaffen worden, deren Toleranzkeit von den christlichen Gewerkschaften durchaus anerkannt würde. Daneben seien aber Organisationen zur Lehrenahme der berufswirtschaftlichen Interessen der Arbeiter eine notwendige Konsequenz unserer heutigen Wirtschaftsordnung. Die leichte Berufs- und Gewerbezählung habe ergeben, daß in Deutschland in 32 000 Großbetrieben 5 350 000 Personen, meist Lohnarbeiter, beschäftigt gewesen seien. Diese Tatsache zwinge zur Vereinbarung allgemeiner Normen im Arbeitsverhältnis, die sich in den Tarifverträgen verwirklichen. Und für die Durchführung dieser Aufgabe sei eine Trennung der Arbeiter nach Konfessionen unstatthaft. Dadurch, daß die christlichen Arbeiter Hunderttausende deutscher Arbeiter der antikirchlichen und revolutionären Ideenwelt der Sozialdemokratie fernhielten, leissten sie indirekt den beiden Religionsgesellschaften einen größeren Dienst, als heute in weiten Kreisen eingesehen werde. Neben dem interkonfessionellen Charakter nehme man vielleicht noch Anstoß an der Selbständigkeit der christlichen Gewerkschaften. Die Arbeiter seien aber bestimmt nicht unqualifizierter und unintelligent als die Bauern, Handwerker, Deutselisten usw., deren Organisationen ebenfalls von Standesangehörigen geleitet wurden, woran heute noch niemand Anstoß genommen habe. Würde man die Arbeiter anders behandeln als die übrigen Stände, so schaffe man damit die denkbare wirksamste Agitationswaffe für die Sozialdemokratie. In kirchlichen Kreisen solle man vielmehr froh sein, daß Latein bereits fanden zur Durchsetzung der vielen Rücksichtslosigkeiten, die die Führer stellen in der christlichen Arbeiterbewegung mit sich brächten.

Zwischen Arbeitgeber und Arbeiter bestünden ganz naturngemaß manche gegensätzliche Interessen: Der Arbeitgeber habe das Interesse, möglichst hohe Gewinne aus der Produktion herauszuholen, der Arbeiter seinerseits, einen möglichst hohen Lohn zu verdienen. Gleichzeitig ließen sich diese Differenzpunkte in dem verwickelten und verstreuten Wirtschaftsorganismus nicht im einzelnen regeln. Auch durch Aussprachen und Verhandlungen ließen sich diese Differenzpunkte nicht immer ausgleichen. Manchmal müssten auch Mittel zum gegenläufigen Interessenausgleich angewandt werden. Ständen in solchen Situationen Gewerkschaften an der Seite von gewerkschaftlichen Arbeitvereini-

sationen, so seien sie sich stets zwischen zwei Stühle. Würden Bewegungen zugunsten der Arbeiter verlaufen, habe der geistliche Führer die Unternehmer gegen sich, würden dagegen die Arbeiter Niederlagen erleiden, so führe man in erreaten Situationen die Sozialdemokratie in den Geistlichen für ihre Agitationszwecke stets den ihr willkommenen Brüderlinien. In der Arbeiterbewegung lägen sonach die Verhältnisse ähnlich wie auf politischem Gebiete. Wollte man politische Parteien konfessionalisieren und entstehen lassen, dann trügen auch zum Schluß die kirchlichen Würdenträger die volle Verantwortung für das Verhalten der Parteien in den einzelnen Fragen. Soll etwa den katholischen Bischöfen oder der evangelischen Generalsynode für Zolltarif, Fleischsteuerung, Reichsfinanzreform, der Bevollmächtigung von Militär- und Marineforderungen die Verantwortung zugeschoben werden? Damit würde den Religionsgesellschaften der denkbare schlechteste Dienst erwiesen, damit würde, wie die Verhältnisse in Deutschland liegen, eine antikirchliche Strömung geradezu gewaltsam provoziert. Für den Charakter der christlichen Gewerkschaften und ihre Selbständigkeit sprächen, gemessen an den deutschen Verhältnissen, die durchschlagendsten Gründe.

Und, so fügen wir hinzu, die Erfolge der christlichen Gewerkschaften beweisen, daß sie mit dieser ihrer Stellungnahme auf dem richtigen Wege sind.

Wo sind unsere Zukunftsaufgaben zu suchen?

Über diese Frage äußerte sich in einer Versammlung der Vertrauensmänner der christlichen Gewerkschaften in Aachen Herr Direktor Dr. Brauns in sehr beachtenswerter Weise. Nach einer lachhaften Schilderung des Entwicklungsganges der Arbeiterorganisationen und des Tariftragsvertrags, führte er nach einem Bericht des Aachener „Volksfreund“ zur Beantwortung der obigen Frage aus:

„Die Hälfte sämtlicher sozialistisch organisierten Arbeiter sitzt in 20 Großstädten. Das ziffernmäßige Gegenüberstellen gibt also kein klares Bild. Wenn in Paris revoltiert wird, revoltiert Frankreich. Wenn aber in Moabit revoltiert wird, so läuft das das übrige Deutschland nicht. Dazu liegt ein Vorteil der Kleinstaaten, welche mehrere Kulturzentren schaffen. Das Verhältnis ist also lange nicht so erdrückend, wir haben ein entscheidendes Wort mitzureden. Wir haben also begründete Ansichten, daß wir der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung erfolgreich entgegentreten können. Wir brauchen keine Antisozialistengesetze; wir haben Kräfte genug, wir müssen uns nur auf die Kräfte stützen, welche im Innern sind, der sozialistischen Bewegung Inhalt zu tun, und dazu gehört vor allem die christliche Gewerkschaftsbewegung. Die Reserve der noch nicht gewonnenen Leute ist auf unserer Seite eine viel größere als im sozialistischen Lager. Die Leute sind nur nicht geweckt und nicht erzogen zu wirtschaftlichem Opfergeist. Dazu genügt nicht allein die Arbeit in gewerkschaftlichen Kirchen; es kommen weiter in Betracht die konfessionellen Vereine, die Hoffentlichkeit, die Parteien. Dann müssen die Kollegen von der idealen Seite angepackt werden. Die Jugend muss gewonnen und ihr Einfluß eingeräumt werden. Wir müssen an die Kreise herantreten, welche durch die ideale Seite ferngehalten werden. Die nurwirtschaftliche Interessenvertretung ist nicht ausreichend. Ohne Ideale steht die christliche Gewerkschaftsbewegung hilflos da; wir müssen also die Arbeitervereine, die den Gedanken der Religiosität und Sittlichkeit fördern, unterstützen, wo wir können. Wer sich über seine religiös-sittlichen Pflichten leichtfertig hinwegsieht, ist nicht der richtige Vertrauensmann, nicht der geborene Führer der christlichen Gewerkschaftsbewegung, die Charaktere braucht.“

Bei der schwierigen Stunde muß besonders taktiert werden. Die Hauptfrage ist dann, wie kommen wir an die anderen Nationalitäten heran? Die „freie“ Gewerkschaftsbewegung ist ganz von dem sozialistischen Geiste durchdrungen. Die Einführung der Gewerkschaftsbewegung als Klassenbewegung in anderen Kreisen ist nicht möglich. Die christliche Gewerkschaftsbewegung kann in den gewerkschaftlichen Radikalisierung nicht mit machen. Wir müssen in anderen Kreisen Einfluß und Fühlung gewinnen; das ist die Konsequenz des ganzen christlichen Gewerkschaftsprogramms. Dann müssen wir das Volk auf die gegenwärtige Situation hinweisen. Wir müssen zeigen, wohin der Radikalismus führt. Jede Interessenvertretung eines Standes hat das Regulativ der Gesamtinteressen und der gesamten Volkswirtschaft. So die Gesamtinteressen dauernd geschädigt werden, ist die Einzelbewegung ein Unrecht. Das trifft so für den Generalstreik, das trifft ferner zu, wenn man auf die Interessen der Konsumenten nicht Rücksicht nimmt.

Der Gewerkschaftsgedanke darf nicht allein vom Gedanken des Kampfes gegen das Kapital ausgeführt werden. Alle wirtschaftlichen Probleme müssen erörtert werden. Dadurch erweitert sich der Gesichtskreis. Dazu ist notwendig ein Ausbau des christlichen Gewerkschaftsorganismus. Wir brauchen ein wissenschaftliches Organ und eine wissenschaftliche Abteilung an der Zentralstelle, eine Abteilung für die Bedienung der Presse in Fragen der Arbeiterbewegung. Das gehört zum inneren Ausbau der christlichen Arbeiterbewegung.“

Die Ausgaben sind nicht so groß, daß sie nicht gelöst werden können. Sehen wir den Weg, auf dem wir arbeiten müssen. Arbeiten wir in diesem Sinne, dann glauben Sie an die Zukunft. Gehen Sie mit Idealismus und Optimismus in den Kampf, dann wird endlich Ihnen der Sieg sein.“

Eine Bewegung unter den Bergarbeitern im Ruhrgebiet

wird von der Sozialdemokratie wieder zur gewerkschaftlichen und politischen Verherrlichung missbraucht. Der „Bergknappe“ Nr. 49 berichtet, daß der sozialdemokratische Bergarbeiter-Verband an die übrigen Verbände den Antrag gestellt habe, zu einer gemeinsamen Sitzung zwecks Aufstellung von Lohnforderungen zusammenzutreten. Eine Konferenz sämtlicher christlicher Ortsgruppenvorständen des Ruhrgebiets

am 27. November in Gelsenkirchen beschloß einstimmig eine Resolution, in der das vom sozialdemokratischen Verband beantragte Zusammensehen für unmöglich erklärt wurde, da die Taten der sozialdemokratischen Führer zeigten, daß es ihnen gar nicht um ein ehrliches Zusammensehen und gewerkschaftliche Arbeit zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse zu tun sei. Doch bis in die letzte Zeit hinein sind die christlichen Bergarbeiter und deren Führer von sozialdemokratischer Seite in Flugblättern wie im Verbandsorgan in der unflätigsten Weise beschimpft worden. Die „Bergarbeiter-Ztg.“ Nr. 47 vom 19. November wirft dem christlichen Gewerberverein „verrätherisches Spiel“ und „gewerkschaftliche Verlumpung“ vor. Die Nr. 46 des (roten) Verbandsorgans spricht noch vom „königlich-christlich-geilen Dechen-gewerberein“ und behauptet:

„Durch Denunziationen und Aufforderung zur Maßregelung kann der christliche Gewerberverein nur noch fortgeschleppt werden. Diese Sippschaft wird immer schlimmer und gemeiner. Pfui Teufel!“

Die Nr. 43 der „Bergarbeiter-Ztg.“ vom 22. Oktober nennt die Gewerbevereinführer „Bankrotzare“, die ihre Gläubiger mit Bilanzfälschungen beruhigen wollen.“

Und welche Anträge sind nicht während des letzten Wahlkampfes gegen den Gewerberverein und seinen Anhänger gerichtet worden. Nur ein Beispiel hierfür. Die Nr. 28 der „Bergarbeiter-Ztg.“ spricht mit Bezug auf den Gewerberverein von „der gewerkschaftlich verlorrenen gelb-christlichen Organisation“. Es heißt vom Gewerberverein Charakterlosigkeit verlangen, wenn der Verband ihn jetzt, ohne die Beschimpfungen zurückzunehmen, zu einem gemeinsamen Vorgehen einlädt.

Nach dem Angeführten kann nur angenommen werden, daß die Verbandsführer mit der Einladung zu einem gemeinsamen Vorgehen Nebenzwecke verfolgen. Wahrscheinlich wollen sie schon für die nächsten politischen Wahlen Vorarbeit leisten. Der Gewerberverein christlicher Bergarbeiter muß es ganz entschieden ablehnen, sich für solche und im Interesse der politischen Sozialdemokratie liegende Zwecke missbrauchen zu lassen. Es geht nur mit anderen Organisationen, insbesondere mit dem sozialdemokratischen Verband zusammen und kann nur mit ihnen zusammengehen, wenn es notwendig ist, wenn durch ehrliche, gemeinsame Arbeit für die Arbeiter Erfolge zu erzielen sind und die Gewerber keine höhere christliche Zusammenarbeit beabsichtigt ist. Heute ist das Zusammensehen nicht möglich und kann nach dem Verhalten der Verbandsführer keine Erfolge für die Arbeiter bringen.“

So heißt es mit vollem Recht in der von den christlichen Bergarbeitern beschlossenen Antwort auf das hinterlistige Manöver der sozialdemokratischen Strategen. Gleichzeitig hat die Konferenz eine Einigung an den Sechsenverband beschlossen, worin eine Erhöhung der Löhne auf den Stand von 1907 und eine Mitwirkung der Arbeiter bei der Kontrolle des Zwangsarbeitsnachweises gefordert wird. Die wirtschaftlichen Interessen der Bergarbeiter werden somit vom christlichen Gewerberverein nachdrücklich wahrgenommen.

Die sozialdemokratische Presse macht jetzt einen geräuschvollen Spottat, um den christlichen Gewerberverein als „Bersplitterer“ und „Verräter“ hinzustellen. Nur polizeiwidrig Dumme werden auf diese beleidigenden Phrasen hereinfallen können. Auf Sach „Eutas“ bei Dortmund halten die „Genossen“ schon einen Streit als Vorpostenkrieg inszeniert und weil die „Christlichen“ hier vernünftigerweise den „Roten“ nicht nachliefern, schreien sich die Sozialdemokraten heiser über „christliche Streitbrecher“ ic. Ehrlich denkende und besonnene Arbeiter werden sich dadurch nicht im geringsten beirren lassen. Und das eine sollten sich die sozialdemokratischen Hezapoisten im voraus sagen, daß sie ohne den christlichen Gewerberverein keinen Kampf wagen rep. erfolgreich durchführen können. Im gegenwärtigen Stadium erst recht nicht, da nicht wirtschaftliche Beweggründe, sondern politische Motive die Sozialdemokratie zu ihrem Vorgehen veranlassen und die Sympathie der öffentlichen Meinung für einen größeren Kampf der Bergarbeiter vollständig ausgeschlossen ist. Ferner könnten die Bergarbeiter auch nicht wie 1905 auf die weitgehende Solidarität der übrigen Arbeitergruppen rechnen, denn nur ein Streit, der gerecht und vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus vernünftig ist, kann Anspruch auf Solidarität erheben; Anforderungen, die im vorliegenden Fall nicht erfüllt sind.

Die große Auswertung in der Pirmasenser Schuhindustrie

von welcher etwa 8000 Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen warden nären, ist nicht zur Tatjache geworden, nachdem durch mehrjährige Verhandlungen über die strittigen Punkte eine Verständigung erzielt wurde. Ganz christlicher Vereinbarung der drei an der Bewegung beteiligten Gewerkschaften und der Fabrikantenorganisation gelangt ab 1. Juli 1911 die bis jüngstige und ab 1. Juli 1912 die neunstündige Arbeitszeit zur Einführung. Zur Regelung der Lohndifferenzen und sonstiger Streitigkeiten wird eine ständige Kommission aus je fünf Fabrikanten und fünf Vertretern der Arbeiter aus deren Organisationen eingesetzt. Sollte dieser eine Einigung nicht gelingen, so wird das Eintätigungsamt des Gewerbegerichts damit betraut. Überstunden können bis zu 40 per Jahr vom einzelnen Arbeiter ohne Aufschlag verlangt werden, alle weiteren sind

mit 10 Pf. per Stunde extra zu vergüten. Um die Beilegung der Differenzen hat sich der Herr Gewerberat Rittinger aus Speyer große Verdienste erworben, dem auch am Schlusse der Verhandlungen von beiden Parteien der Dank für seine Vermittlungen ausgesprochen wurde.

"Schlecht wie die Nacht"

müssen die sozialdemokratischen Agitatoren im Kampfe mit den Gegnern sein. So behaupten nicht etwa die Gegner, sondern so verlangen es die Übergenossen von ihren Handlungen und Nachlässen, wie aus folgendem zukunftsstaatlichem Kulturdokument hervorgeht. Ein Übergenosse namens Ahrens, Gauleiter des sozialdemokratischen Bauhülfearbeiterverbandes, richtete an ein Verbandsmitglied folgendes, lebt an die Deutlichkeit gelangtes Schreiben:

Mitteilung
vom Gauvorstand des Zentralverbandes der Bau-, Erd- und
Hilfsarbeiter Deutschlands.

Düsseldorf, 28. April 1909.

An Herrn

Jakob Willm

Nachen.

Werter Kollege! Deine weitere Tätigkeit für Übren muss nach meiner Meinung sehr recht beginnen. Sorge mit allen Mitteln dafür, dass wir die Bauhülfearbeiter für uns gewinnen, und lasst es kosten, was es will. Du musst den dortigen Kollegen sagen: In der Christ. Organisation sind alle Männer vertreten, die jürgen erst für sich, und uns lassen sie Hals liegen. Deshalb gehörten die Bauhülfearbeiter zu uns. Das "zieht" immer. Um übrigens muss du zum Wirt gehen und sagen, ob nicht eine „christl.“ Bauhülfearbeiterversammlung stattfinden könnte, z. B. fann hier nicht eine Versammlung auf guter Grundlage stattfinden.

Wir müssen schlecht wie die Nacht sein. Hast Du ein Lokal, messe mir in letzter Stunde alles an. Flugblätter verteilen wir am Tage zuvor. Du kannst in Vorausstellung betreiben und nurmst die Aufnahmescheine mit, schreist Dir die Wohnungen auf und dann muss der Versuch zur Hausagitation gemacht werden.

Grüß Ehr. Ahrens.

Hier zeigt sich die sozialdemokratische Agitationsmethode in ihrer ganzen Unehlichkeit und Verirrtheit. Das "Schlecht wie die Nacht" spricht für sich selbst, in jeder Weise spiegelt sich Halunkenmanier und Demagogentum wieder; jeder weitere Kommentar ist überflüssig.

Und trocknadem bringt es die sozialdemokratische Presse fertig, den Brießschreiber und dessen „Moral“ in Schuh zu nehmen und zu verteidigen. Der „Vorwärts“ Nr. 279 vom 29. November meint, der Brief sei „allerdings kein Meisterstück“, dagegen „der Ausfluss der Entrüstung über die schändliche Kampfweise der Christlichen...“

„Es ist Ahrens, der den Brief in außerster beruflicher Anstrengung und empört über die „christliche“ Kampfweise schrieb, nie eingefallen, im Ernst die Unmoral zum Agitationsgrundstock zu machen. Niemand, der Gelegenheit hatte, ihn in den letzten sechs Jahren zu beobachten, wird ihm das Zeugnis versagen, dass er stets anständig und einwandfrei sich in der Agitation betätigkt hat. Der Rat galt für den Krieg mit einem niederträchtigen Gegner.“

Und dem Gegner gegenüber ist (frei nach Kautzky) alles erlaubt, hätte der von Ehrlichkeit und Entstiftung triefende „Vorwärts“ noch hinzufügen sollen. Der „Kölner Volksanzeiger“, dem wir das Ahrens'sche Schreiben entnehmen, hatte vollständig recht, als er im Anschluss daran schrieb: „Der Brießschreiber aber wird uns dank wissen für die Veröffentlichung seines Sudelsbriefes. Denn nach unseren Erfahrungen im Laufe der Jahre ist anzunehmen, dass man den Mann für zu schade hält, länger als simpler Gauleiter tätig zu sein. Man wird ihm Gelegenheit geben, sein Licht und seine Grundsätze von höherer Warte aus leuchten zu lassen. Den Gefährdungsnochweis hat er erbracht.“

Der „Vorwärts“, das sozialdemokratische Zentralorgan, hat den Mann mit dieser jauberen Moral schon reingewaschen und ihm den Weg nach oben gegeben. „Schlecht sein wie die Nacht“ ist die beste Empfehlung für hervorragende Aemter im Lager der Partei des Vollbetruges. Ihre ganze Wirklichkeit ist nur Lug und Trug.

Streits und Lohnbewegungen.

Barmen. Der Streit der Klempnergehülfen in Barmen ist beendet. Zwischen Gesellenausschuss und Klempner-Zeitung wurden folgende Vereinbarungen abgeschlossen: Für die aus der Lehre tretenden Gehülfen wird im ersten Jahre 35 Pf. Stundenlohn gezahlt. Selbständige Gehülfen erhalten 60 Pf. pro Stunde. Für Überstunden werden 25 Prozent, für Nacharbeit 50 Prozent und für Sonntagsarbeit 100 Prozent Zuschlag gewährt. Zudem werden für Grubenanschlüsse pro Mann und Anschluß 5 M. extra und für Feuer- und Feuerwehrleitung pro Stück 50 Pf. vergütet. Besonders schwere Arbeit wird doppelt bezahlt. Jedoch müssen diese Arbeiten von der Kundschafft bescheinigt werden. Die Arbeitszeit beträgt wie bisher 9½ Stunden. Diese Abmachung läuft bis zum 1. August 1912. In Eschede ist noch keine Einigung erzielt worden. Dort dauert der Streit unverändert fort.

Der Aussverkauf in der Pforzheimer Bijouterie-Industrie

Die Vermögensaufstellungen des Herrn Oberbürgermeisters Habermehl in Pforzheim, eine Aussprache zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmervertretern in der heisigen Lohnbewegung herbeizuführen, waren bis jetzt ohne Erfolg. Sozialdemokratischer Stadtkonservatismus und radikaler Scharfmachergeist haben es jetzt so weit gebracht, dass hier die ganze Industrie lahm gelegt ist. Die Sitzung des sozialdemokratischen Verbands beschloss auf dem vorgelegten Tarifentwurf, obwohl man dort selber einsteht, dass dieser in einigen Punkten unhaltbar ist, denn man hat in riesengroßen Ziffern erklärt, dass man sich überzeugen lassen will, wenn vielleicht nicht alle Forderungen erfüllbar sind. Das will schon viel heißen, wenn sich die Sozialdemokraten vom Scheitell überzeugen lassen wollen, weil sie vorher erklärt haben, dass bei der Aussarbeitung des Entwurfs wichtige Erfahrungen erlangt werden müssen, die man später mitgeholen halten. (Wochber. im schwarzen Adler am 10. 8. 10.)

Die Herren Arbeitgeber, soweit sie Einfluss auf den Arbeitgeberverband haben, erklärt haben, dass sie sich auf Verhandlungen über diesen Tarifentwurf überhaupt gar nicht einzulassen, obwohl die Herren zur Kenntnis wiesen, dass man die großen Forderungen der Sozialdemokraten nicht sehr ernst zu nehmen braucht, denn die Erfahrung hat gezeigt, dass man auf seiner Seite sehr genüssig sein kann, wenn es einmal nicht anders geht, und dass man dort auch ausrichten kann. Sie gern machen verstehen. Offiziell erklären die Arbeitgeber, durch die Bewilligung der Forderungen welche die Industrie geschädigt. Man könne mit dem Auslauft nicht mehr konkurrenzieren. Der wirtschaftliche Grund, den man dann erhält, wenn man mit den einzelnen Arbeitgebern über die Bewilligung spricht, ist der, man will den günstigen Moment benützen um die Organisationen der Arbeiter niedergeschlagen zu rütteln, um ihnen das Forderungenstellen auf Jahrhinaus zu verleidern.

Wir haben in Nr. 48 unseres Organs schon darauf verwiesen, wie die sozialdemokratischen „Führer“ dabei den Unternehmen in die Hände arbeiten. Die von der sozialdemokratischen Verbandsleitung ausgegebenen Lügenparolen reihen sich die neuen Maßnahmen von dieser Seite würdig an. In großen Ziffern in der Pforzheimer Tagespresse sowie durch Flugblätter wurde bekannt gemacht, dass laut Beschluss einer Versammlung vom 23. November alle sozialdemokratisch organisierten Arbeiter und Arbeitertinnen am 26. November die Arbeit niederlegen müssen. In einem diesbezüglichen Flugblatt heißt es u. a.: „Es haben also alle Mitglieder und in unserer Organisation befinden, die unserer Parole gefolgt sind und auf die Frage der Organisationszugehörigkeit mit „Nein“ geantwortet haben, unbedingt den Betrieb zu verlassen.“

Ausnahmen sind nur zulässig in folgenden Fällen:
a) wenn der Arbeitgeber der Organisationsleitung den Nachweis erbringt, dass er aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten ist;
b) wenn ein Mitglied bei einem Fabrikanten arbeitet, der nicht im Arbeitgeberverband ist;
c) wenn ein Mitglied von uns auf sein persönliches Ansuchen und Angabe der Gründe für sein Gesuch von der Ortsverwaltung die Erlaubnis zum weiterarbeiten erhält.

Alle diese Kollegen, die unter obenstehenden Voraussetzungen weiterarbeiten dürfen, müssen im Besitze einer Legitimationskarte sein, die nur persönlich und nur auf dem Verbandsbüro unter Vorlage des Mitgliedsbuchs ausgestellt wird.

Wer nach dem 26. d. M. in irgend einem Betriebe arbeitet und nicht im Besitze einer Legitimationskarte ist, gilt unter allen Umständen als Streikbrecher, er kann sein wer er will, und muss sich gefallen lassen, als solcher angesehen, behandelt und verhöhnt zu werden.“

Erst zwingt man also die Leute zu Lügen und dann werden sie gezwungen, durch plötzliche Arbeitsniedrigung sich vor aller Welt als Lügner hinzustellen. Weiter geht die sozialdemokratische Verbandsleitung nach Punkten der Ausnahmefälle, ihre Mitglieder, die geneigt sind, Raustreiderdienste zu leisten, von vornherein von dem Verbrechen des Streikbruches freizusprechen, dagegen sind die anders- und unorganisierten Arbeitsswilligen, die sich keinen Freibrief unter Vorlegung des sozialdemokratischen Verbandsbuches erwerben wollen, Streikbrecher, „sie können sein, was sie wollen.“ Der Fall liegt praktisch so: Bei einem unorganisierten Arbeitgeber sind 6 sozialdemokratisch, 2 christlich und 15 unorganisierte Arbeiter beschäftigt. Die 6 sozialdemokratisch Organisierten holen sich nun eine Legitimationskarte; diese dürfen dann weiter arbeiten, sind aber beileibe keine Streikbrecher, wohl aber die, die sich nicht weiter arbeiten. Der rote Stempel genügt somit, um einen Arbeitsswilligen vom Streikbruch freizusprechen. Eine solche Doppelmauer steht einzig in der Arbeiterbewegung da.

Wie leicht machen es sich doch die sozialdemokratischen „Führer“, wenn sie ihre Mitglieder vor dem Odium des Streikbruches schützen wollen. Nun die Herren Arbeitgeber haben dafür gesorgt, dass der Streit zwischen legitimierten und nichtlegitimierten „Streikbrechern“ nicht lange dauert und haben beide Sorten aufs Pflaster gesetzt. Der Arbeitgeberverband veröffentlichte am 2. Dezember folgenden Beschluss:

„Sämtliche Betriebe der Pforzheimer Schmuckwaren-Industrie lassen vom nächsten Zahltag, das ist vom 1., 2. oder 3. Dezember ab bis vorläufig zum 2. Jan. 1911 ausscheiden.“

Pforzheim, 30. November 1910.“

Damit wären also annähernd 28000 Personen arbeitslos. Was dies bedeutet in einer Stadt, die vollständig von der Bijouterieindustrie abhängig ist, kann sich jeder vorstellen.

Es ist sicher, dass der Süden, der der ganzen Industrie zugefügt wird, nicht durch den ersten Erfolg, den die Arbeitgeber dabei erringen könnten, aufgewogen wird. Diejenigen Herren, die immer und immer wieder mit dem Schreckschreck der Auslandskonkurrenz konfrontiert waren,

wenn von der Arbeiterschaft Verbesserungen verlangt werden, schenken sich nicht, durch Stilllegung der gesamten Industrie dieser Auslandskonkurrenz den besten Dienst zu weisen.

Der einsichtige Teil der Arbeiterschaft wird aus die Vorgängen lernen, dass auch im „freien“ sozialdemokratischen Metallarbeiterverband nur mit Wasser gekocht wird und dass die radikalsten Schreier die schlechtesten Arbeit interessentenvertreter sind. Sollen solche Treiber in Zukunft verschwinden und eine wirkliche Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft in die Wege geleitet werden, so ist eine seitige Stärkung des christlichen Metallarbeiterverbandes die zunächst notwendige Voraussetzung hierzu.“

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Vergangenheit einzufinden, andernfalls fällt die Warnung vom Zugang fort.

Wenden i. W. Bei der Firma Theodor Klusendorf (Hofeslamp), bestehen Differenzen.

Emmenich. Über die Firma Reintges, Niederrheinische Maschinenfabrik, ist die Sperrre verhängt.

Essen-Mülheim. Die Klempnergesellen von Essen stehen im Streit zwecks Abschluss eines Tarifvertrags.

Kehlheim. Über die Firma Häbener & Gerling wegen Herauslösung der Akkordsätze die Sperrre verhängt. Zugang von Metallarbeitern, Schlossern und Klempnern ist fernzuhalten.

Riemersheim. Die Maschinenbau- und Hilfsarbeiter der Riemersheimer Metallindustrie stehen in einer Lohnbewegung.

Gündern bei Arnsberg i. W. Über die Firma Anton Brümmer ist die Sperrre verhängt.

Gündern bei Arnsberg i. W. Bei der Firma Winterhoff sind wegen Lohnabschlägen Differenzen aufgebrochen. Zugang von Metallarbeitern, Schleifern und Klempnern ist fern zu halten.

Herford. Bei der Firma Nassloer u. Groningerlohn, stehen die Metallarbeiter im Streit.

Pforzheim. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Pforzheimer Schmuckkettenindustrie stehen in einer Lohnbewegung.

Wiesbaden-Herford. Bei der Firma Nebaum u. Gutenberg sind die Schlosser, Dreher, Schmiede und Hilfsarbeiter ausgesperrt.

Zugang ist fernzuhalten.

Vorankündigung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 11. Dezember 1910 der fünfzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 11. bis 18. Dezember 1910 fällig.

Die Ortsgruppe Hannover erhält die Genehmigung zur Erhebung eines Extra-Beitrages von 20 Pf. nach bisher 10 Pf. pro Woche. Die Nichtbezahlung dieses Beitrages hat die Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Zur Beachtung für wandernde und arbeitslose Mitglieder. Alle Kollegen, die Arbeiten suchen, sind verpflichtet, sich stets zunächst bei der freien Leitung des Verbandes zu melden, um sich über die einschlägigen Verhältnisse zu informieren. Wo keine freigestellten Beamten und Arbeitsnachweise sind, hat diese Meldepflicht dennoch bei dem Ortsgruppenvorstand zu erfolgen. In solchen Orten, wo keine Ortsgruppe oder Zahnstiel unseres Verbandes besteht, wende man sich an den zuständigen Bezirksleiter oder den Zentralvorstand. Das gleiche gilt auch für diejenigen Mitglieder, die ihre Arbeitsstelle am Ort wechseln.

Die Aufnahmescheine von allen dem Verband beitretenen Mitgliedern, auch von den aus anderen Organisationen übertrittenen, sind genau auszufüllen, non-klassierter der Ortsgruppe aufzubewahren und bei der Quartalsabrechnung mit an die Zentrale einzufinden. Die klassierter mögen dieses genau beachten, um sich später unötige Arbeit zu ersparen.

Alle Büchsen in Verbandsangelegenheiten ohne Unterschied sowie alle Geldsendungen für den Verband sind an die Geschäftsstelle des christl. Metallarbeiterverbandes, Duisburg, Seidenstr. 19, und nicht an die persönliche Adresse einzelner Beamten zu adressieren.

Aus dem Verbandsgebiet.

Nachen. Ein schwerer Unfall ereignete sich am 21. November auf dem Hüttenwerk „Rotha Erde“, wobei zwei Walzwerkarbeiter schwere Verletzungen davontrugen. Der Arbeiter Hillemacher wurde ein Bein zertrümmert, dem Arbeiter Küngens wurde das Fleisch bis auf die Knochen abgerissen, außerdem erhielt derselbe schwere Brandwunden. Gesicht und Kopfhaut war total verbrannt.

Die Arbeiterschaft führt, so wird dem Nacheren „Volksgenossen“ aus Fachkreisen dazu geschrieben, das Unglück nur auf das Gasten und Jagen zurück, das auf dem Hüttenwerk eingetragen ist. Vorliegendes Unglück passierte, indem ein

Block stecken blieb. Es wurde dann versucht, diesen mit dem elektrischen Krahn herauszuziehen. Hierbei zerriss die Kette. Anstatt nun erst alles in Ordnung zu bringen, wurde auf der Vorwalze der Befehl gegeben, weiter zu walzen. Dieses hatte einmal gut gegangen, beim zweiten male packte aber der Fehlblok und schlug um sich, ohne durch die Walze zu gehen. Durch die Gewalt des Anziehens riss die zweite Kette. Dieses verursachte dann die oben geschilderten Verstüppungen. Hätte man erst den Fehlblok befreit und die Walze stehen lassen, das Unglück wäre nicht geschehen.

Auf diese Art und Weise geschehen auf den Hüttenwerken viele Unglücke. Bei dem Bestreben, die Produktion zu steigern, darf die Rücksicht auf Leben und Gesundheit nicht leiden. Heute ist die Unfallgefahr in der Hüttenindustrie viel größer als im Bergbau. Im Jahre 1901 betrugen die entschädigungspflichtigen Unfälle im Bergbau 13,7 auf 1000 Personen, die der Rh.-West. Hütten- und Walzwerksverbandsgenossenschaft 12,7 auf 1000. Bis 1908 stieg dieselbe auf 17,3, während die Ziffer im Bergbau auf 14,7 stieg. Es wäre eine dankbare Aufgabe der Herren Direktoren und Betriebsleiter der großen Hüttenwerke, dem Kapitel der Unfallverminderung mehr Aufmerksamkeit zu schenken, als der Gründung von gelben Gesang- und Unterhaltungsvereinen ihre Zeit zuzuwenden.

Auf der anderen Seite sollten die Arbeiter bis zum letzten Mann der Organisation beitreten, um auf diese Weise für den nötigen Schutz von Leben und Gesundheit erfolgreich wirken zu können. Eine unorganisierte Arbeiterschaft wird und muß auch auf diesem wichtigen Gebiete ver sagen.

Regensburg. Eine Konferenz für Hüttenarbeiter und verwandte Berufe in den Staats- und Privatbetrieben Bayerns fand am 6. November in Regensburg statt, an welcher auch unser Verbandsvorsitzender Kollege Wieber teilnahm. Zur Beratung standen: Die Lage der Hüttenarbeiter und verwandter Berufe in den bayerischen Bezirken sowie das Unterstützungs- und Beitragswesen bei der in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiterschaft.

Zum ersten Punkt berichteten die Kollegen Kourad und Wagner. In der folgenden Diskussion besprachen die Delegierten noch ergänzend die örtlichen Verhältnisse. Die Lohnverhältnisse ergaben ein zum großen Teil recht trauriges Bild. Der Markt Tagesdienst wird von einem großen Teil der Arbeiterschaft noch nicht einmal erreicht und in der Regel nur bei Aufforderdienst, teilweise mit Überstunden, um ein geringes übersteuert. Über die diesbezüglichen Erhebungen wird im Organ noch eigens berichtet werden.

Das neue Lohnregulativ in den staatlichen Hüttenwerken kann sicherlich keinen Erfolg in der Arbeiterschaft finden, da die höchsten Säge für viele Arbeiter erst im Greisenalter erreicht werden können, anstatt in den Jahren der besten Manneskraft. Vernerlässiger war die Feststellung, daß neu eingestellte auswärtige Arbeitskräfte zumeist weit besser bezahlt werden als dienstältere einheimische Arbeiter. Dedenfalls ist damit bewiesen, daß auch bessere Löhne gezahlt werden können. Nachdem aber ein großer Teil der Arbeiterschaft sich noch um keine Organisation gekümmert hat, wurde die Arbeiterschaft allgemein als mit den schlechten Löhnen zufrieden betrachtet. Tatsächlich wird gerade von unorganisierten Arbeitern am meisten geschimpft. Mit diesem radikalen Schnippen wird der Arbeiterschaft nicht gedient, sondern nur zielbewußte Organisationsarbeit kann Besserung bringen. Vereinbart wurde von den Delegierten aller staatlichen Hüttenwerke ein einheitlicheres Lohnsystem gewünscht.

Auch die Verhältnisse in gleichartigen Privatwerken fanden eine eingehende Würdigung. Die sibigen Verhandlungsgegenstände waren mehr organisatorischer, innerer Natur. Kollege Wieber kennzeichnete zum Schlusse resümierend das Ergebnis der Beratungen, unter gleichzeitigem Hinweis auf die hieraus folgenden tüchtigen Aufgaben. Alle Konferenzteilnehmer waren sich darüber klar, daß die christliche Arbeiterschaft, ganz gleich, ob in Staats- oder Privatbetrieben beschäftigt, geschlossen für ihre Interessen eintreten muß. Auch den letzten Kollegen muß dieser Leitgedanke angesprochen zur zielbewußten Arbeit und Agitation für den christlichen Metallarbeiterverband, welcher die Vertretung seiner wirtschaftlichen Interessen erfülliglich betreiben wird. Dann wird auch diese Konferenz ihre Fülle zeitigen.

Bocholt. Unsere Ortsgruppe hatte in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung beschlossen, in nächster Zeit eine öffentliche Versammlung abzuhalten, um eine größere Agitation in die Wege zu leiten. Die Versammlung kam schneller, als wir es selbst wollten. Denn die sozialdemokratischen Gewerkschaften hier am Orte entfalteten unter dem Deckmantel der Neutralität eine rege Agitation. Sie hatten zu diesem Zwecke eine öffentliche Versammlung abgehalten beim Wirt Grotstab. Unter ihrer Einladung stand nur das Wort Kartell, somit mußte jeder Unbesangene annehmen, es wäre die Versammlung von christlicher Seite einbetreten worden, und daher wird es auch wohl gekommen sein, daß das Total ziemlich besetzt war. Der Referent sprach zum Einschlafen, eine Diskussion fand nicht statt.

Ganz anders dagegen gestaltete sich unsere Versammlung am 24. November in der Rotenburg. Der Besuch war ein erfreulich starker; der große Saal war bis auf den letzten Platz befüllt. Unser Bezirksleiter Kollege Hetsch sprach über das Thema: „Kann ein christlich-nationaldenkender Arbeiter Mitglied einer freien sozialdemokratischen Organisation sein?“

Diedauer legte zunächst den Zweck und die Ausgaben einer Gewerkschaft dar, um dann weiter die Absonderung der christlichen Arbeiter von den sozialdemokratischen Gewerkschaften und die „Neutralität“ der letzteren zu besprechen. Nicht die christlichen Gewerkschaften hätten, wie man es ihnen so gern zum Vorwurf mache, eine Berücksichtigung der Arbeiter herbeigeführt, sondern diese sei von den sozialdemokratischen freien Gewerkschaften selbst ausgegangen, indem sie sich von Anfang an von sozialdemokratischen Geiste hätten beeinflussen lassen. Da sei der vernünftig denkende christliche Arbeiterschaft nichts übrig geblieben, als eigene gewerkschaftliche Organisationen zu gründen. Wie es mit der zu Agitationszwecken behaupteten Neutralität der sozialdemokratischen „freien“ Gewerkschaften in Wirklichkeit bestellt ist, zeigte Nebauer

dann durch Niedergabe einer Anzahl von Aussprüchen „frei“ Gewerkschaftsführer und Blättern aus der „freien“ Gewerkschaftspresse; jener durch Hinweis auf die Fälle, wo diese Gewerkschaften der sozialdemokratischen Partei Gelder für politische Wahlzwecke zuflossen ließen. Christlich-national gesinnte Arbeiter könnten sich nie zum Widerstand der religiösen und revolutionären sozialdemokratie hingeben und noch viel weniger zugeben, daß mit ihren Beiträgen die Bestrebungen dieser Partei gefördert würden. Dabet habe diese Partei auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiete bis heute nicht einmal etwas geleistet. Auch letztere Feststellung belegte Reduct mit überzeugendem Beweismaterial und schloß dann seine Ausführungen mit dem Appell an die Anwesenden, mit allem Eifer für die Stärkung der christlichen Gewerkschaften zu wirken.

Au der Diskussion beteiligten sich auch drei der anwesenden Genossen. Anstatt nun aber auf die Ausführungen des Referenten einzugehen und sie zu widerlegen, drohten sie lustig auf dem leeren Stroh sozialdemokratischer Agitationssprüche herum. Die „alleinige Arbeiterpartei“ wurde in den höchsten Tönen gepriesen; dann kam der alte Taschenspielertrick von den „Beutungs“ Gewerkschaften, die dann mit Finanzreform, Steuerzetteln, Zivilisten und sonstigen „Zerknallen“ gegen die papierenen Lehren der Sozialdemokratie nach Schema $\tilde{\nu}$ vernichtet wurden. Die christlichen Gewerkschaftsführer im Reichstag, die vernünftigerweise bei ihrer Tätigkeit mit der Welt der Tatsachen rechnen — selbst wenn sie mit dem Erfurter Programmat parlant nicht übereinstimmen will — werden von den Genossen natürlich unisono „Arbeitervertreter“ tituliert. Dann summen die deutschen Kardinäle an die Reihe, dann die Kollegen Schäffer und Wieber; aber keiner, keiner hat es den Genossen recht gemacht. Was sie aber vergessen, war, den Beweis zu erbringen, daß ein christlicher Arbeiter Mitglied einer sozialdemokratischen Gewerkschaft sein könnte, ohne sich selbst auszugeben.

Zu seinem Schlusswort hatte Kollege Hetschler deshalb leichtes Spiel. Tressend zerplastete er den Humbug der sozialdemokratischen Diskussionsredner und führte deren Behauptungen um ihren wahren Wert zurück. Er schloß dann mit einem zündenden Appell an die christlichen Arbeiter: „Vorwärts, sich nun unverzüglich den christlichen Gewerkschaften anzuschließen und tatkräftig in der Agitation mitzuwirken, damit Bocholt auch fernherin bleibe eine Hochburg der christlich-nationalen Arbeiterschaft.“

Cleveeg. Auf der Olsberger Hütte besteht seit dem vergangenen Sommer ein Arbeiterausschuß. Die Hoffnungen aber, die die Arbeiter aus dieses Institut ziehen, haben sich bis jetzt nicht erfüllt: denn die Geschäftsführung verzerrt in dem Arbeiterausschuß eher alles andere, als ein Vermittelungsglied zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Sie sieht in ihm vielmehr ausscheinend das Karussel, das für alles verantwortlich gemacht werden kann. Nicht der Ausschuß eine Beschwerde ein, so wird er durch die Geschäftsleitung einfach abgesetzelt; alle möglichen Sachen, die mit der Beschwerde nichts zu tun haben, werden ihm vorgeworfen und dann kann er wieder abtreten. Wenn die Geschäftsleitung glaubt, durch dieses Vorgehen den Ausschluß wieder abschaffen zu können, so bestreut sie sich im Freium, denn die Arbeiter halten daran fest und siehen geschlossen dahinter.

Auch die Behandlung der Arbeiter läßt zu wünschen übrig. Nur ein Beispiel: Am Samstag, den 25. November, wurde ein zwanzigjähriger, übrigens sehr zurückhaltender, Formgeehrlse vor dem Kupoloson von dem Formmeister Fuchs, mit der Stopftaube misshandelt; und das geschah in Gegenwart des Direktors. Die Verlebungen sind derart, daß der Gehülse sich in ärztliche Behandlung begeben hat. Da der Vater des Verletzten Strafantrag gestellt hat, so wird dem Meister höchstens noch von berufener Stelle plausibel gemacht werden, daß die Seiten des Faustrechts, der Prügelstrafe etc., endgültig vorbei sind. Ob man in der Gegend der stärkeren Wirkungsstelle des Herrn Fuchs, höchst am Main, für vergleichende anstreitige Umgangssormen mehr Verständnis hätte, lassen wir dahingestellt. Die Olsberger Arbeiterschaft jedesfalls bildet sich ihr Urteil über die Tüchtigkeit eines Vorgesetzten nach anderen Gesichtspunkten. Das möge für diesmal genügen. Den Olsberger Arbeitern aber erfüllen wir zu: Kollegen! Mit dieser Agitation ist gegen eine solche unwürdige Behandlung. Sollt ihr aber, daß es in dieser Hinsicht besser wird, so schließt euch insgesamt dem christlichen Metallarbeiterverband an. Der Einzelne ist ein Spielball der Parteieninteressenlaupe; die Einigkeit aber macht euch stark.

Spichlingen. (Sozialdemokratische Demagogie auf dem Heuberg und in der Baar.) Der Heuberg und die Baar sind Industriegebiete, in denen hauptsächlich die Harmonia-Industrie zu Hause ist. Die Harmoniaarbeiter sind sehr schlecht bezahlt, konnten sich aber nur sehr schwer entscheiden, sich wirtschaftlich zu organisieren. Schon im Jahre 1907 wurde verdientlich von unserem Verband der Versuch gemacht, die Harmoniaarbeiter der Organisation zuzuführen. Ein Teil der Arbeiterschaft erkannte auch die Notwendigkeit der Organisation an und so entstanden schon damals in der Gegend einige Ortsgruppen und Sektionen unseres Verbandes. Leider blieben aber viele der Organisation fern, so daß sich die Lage der Harmoniaarbeiter leider nicht gebessert hat. Die Sozialdemokraten glaubten schon, damals im Trüben fischen zu können und hielten an verschiedenen Orten, Versammlungen ab, natürlich wurde der wahre sozialdemokratische Charakter dieser Gewerkschaftsrichtung verschwiegen.

Auch in letzter Zeit suchten die Genossen die Harmoniaarbeiter, die fast durchweg zur Wirtschaft gehörten, für den „freien“ Metallarbeiterverband zu gewinnen. Wie immer in solchen Gegenden, so wurde auch hier den Arbeitern in allen Tönen die „Neutralität“ der „freien“ Gewerkschaften plausibel gemacht und diese selbst als Altheitmittel für die Harmoniaarbeiter getyiesen. Trotzdem ließen sich nur einige zum Eintritt in den sozialdemokratischen Verband verleiten.

An 13. November wurden nun in einer Anzahl der in Betracht kommenden Orte unsererseits Versammlungen abgehalten. Aus Angst, die bösen Christlichen könnten die schönen Phrasen und Sprüche der sozialdemokratischen Agitatoren über politische und religiöse Neutralität des sozialdemokratischen Verbandes auf ihren wahren Wert gerü-

föhren, wurde von einem Ort der Baar aus der Bevölkerung des sozialdemokratischen Verbändes, Stolz in Schwenningen, zur Hilfe gerufen. Doch o weh! Dieser Held hatte den Mut nicht, den bösen Christlichen entgegentreten und es mußte deshalb ein „größerer“ Held, der Genossen Bökel, von der Zentralstelle in Stuttgart, zitiert werden, um unseren Kollegen Kuhn den Rücken zu machen. In Schwenningen an der Baar kam es zwischen beiden zum Turnier. Nach 1½ Stunden Worttag des Kollegen Kuhn, ergriff „Genosse“ Bökel das Wort. Finanzreform, das böse Zentrum, die „Arbeitervertreterischen Zentrum“ abgelehnt, die den Arbeitern das Brot verleugnet, die Firma Hirma Hörner, die die Arbeiter aussaugt, die „Neutralität“ der sozialdemokratischen Gewerkschaften, das waren die Hauptthemen seiner Anschriften. Nach halbstündigem Worttag saßen ihn der Haken aufgegangen zu sein, denn er setzte sich etwas resigniert auf seinen Holzboden.

Interessant war sein Geständnis, daß er in der Versammlung, die er am 6. November in Seitingen abhielt, nicht das getingste über den christlichen Metallarbeiterverband gesprochen habe. Natürlich, wenn man eine sozialdemokratische Gewerkschaft in einer gut christlichen Gegend anpreist, dann darf man nichts von der Existenz christlicher Gewerkschaften erlauben lassen.

Nachdem in der Diskussion niemand mehr das Wort wünschte, sprach Kollege Kuhn das Schlusswort; bei dem der „Genosse“ Bökel nicht sehr gut abknüpfte. Dieer schien denn auch nunmehr einzusehen, daß er sich mit seinen politischen Erklärungen in dieser Versammlung gründlich in die Kesseln gesetzt hätte. Deswegen meldete er sich auch nach der Versammlung noch zur Geschäftsbörnung.

So sah das „gründliche“ Abrechnen des Genossen Bökel mit unserem Kollegen Kuhn aus, von dem er so großspurig in der „Metallarbeiterzeitung“ schreibt. Wenn die Versammlungsteilnehmer den Bericht der „Metallarbeiterzeitung“ lesen, werden sie dasselbe denken, was der „Genosse“ Bökel wahrscheinlich bei der Lesethore des Berichtes auch denkt: Was ist doch der Bökel ein Prachtler, davon hat ja noch kein Mensch eine Ahnung gehabt.

Wenn die Herren Sozialdemokraten immer so „gut abschneiden“ wie bei dieser Versammlung in Seitingen, dann dürfen die Arbeiter in der Baar und auf dem Heuberg bald zu der Gewaltkraft kommen, daß ihre Interessen am besten im christlichen Metallarbeiterverband vertreten werden. Die Versammlung am 15. November hatte den Erfolg, daß der christliche Metallarbeiterverband eine Buntahne von über 100 Mitgliedern zu verzeichnen hatte. Verschiedentlich traten die christlichen Arbeiter bis $\frac{1}{2}$ auf die demokratische Agitationssweise der Sozialdemokratie hin dem sozialdemokratischen Verband angeschlossen hatten, zu unserem Verband über, so daß in einem Orte der Vertrauensmann des sozialdemokratischen Verbandes erklärte: „Wenn das so ist, dann schließe ich den ganzen Hafenwall (er meinte die Mitgliedsbücher des sozialen Verbandes) wieder nach Schwäbingen.“ Mögen die antreten diesem Beispiel folgen und sich als christliche Arbeiter im christlichen Metallarbeiterverband organisieren, dann werden ihre Interessen am besten gewahrt. Nicht mit radikalen Sprüchen kann man Harmoniaarbeiten geschlossen werden, sondern durch zielbewußtes, systematisches Arbeiten.

Küsselsdorf. Eine nette Weihnachtsfeier ist den Arbeitern der Abteilung Fabrik der Firma Mannesmann-Rath beschert worden. Drei Wochen vor Weihnachten erhielten die Arbeiter eine Aufforderung reduziert von 25%. Dies macht für jeden Arbeiter einen Verdienstaufschlag von 1,20—1,60 Mark pro Tag aus. Bei einer Ausschüttung von 12,5 Prozent Dividende kann ein solches Gebahren der Firma nur entschieden verurteilt werden. Hoffentlich werden die Arbeiter aus einem solchen Beginnen die richtige Nutzenwendung ziehen und sich bis zum letzten Mann der Organisation anschließen. Denn ohne Organisation sind sie macht- und wehrlos und müssen sich bei Bedrohung ihrer Verhältnisse gefallen lassen, von Verbesserungen ganz zu schweigen. Deshalb erinnert Euch, Ihr Arbeit der Mannesmannartete und schließt Euch ohne Verzug dem christlichen Metallarbeiterverband an!

Am Donnerstag den 14. Dezember findet die Gewerbege richtswahl statt. Heute Kollege hat sein Wahlrecht auszuüben. Gewählt wird Böse I mit dem Namen Franz Seig, Schlosser. Kollege, arbeitet für die gerechte Sache der christlichen Arbeiterschaft. Heute stellt seinen Mann!

Aachen. Vor kurzem konnten wir aus Aachen berichten, daß bei der Wahl zur Ortskonferenz VI bei schärfem Kampfe die christliche Arbeiterschaft siegte. Bei den nur mehr zu Ende geführten Wahlen Aachen-Stadt, Kasse III, IV und V siegten ebenfalls die Kandidaten des christlichen Kartells. In Kasse III waren 51 Delegierte zu wählen (9 neue Mandate waren zu besetzen). Von diesen 51 Mandaten eroberten die christlichen Gewerkschaften diese 9 neuen und 1 Genossenmandat, im ganzen 42 Mandate. Die Genossen erhielten 9 Mandate. In Kasse IV, der einzigen Kasse in Aachen, wo die christliche Arbeiterschaft bisher nicht vertreten war, wurden mit 32 Stimmen die christliche Liste 302 Stimmen abgegeben. Auf die Genossen-Liste fielen 63 Stimmen. Somit geht auch diese Kasse (24 Delegierte) in die Lände der christlichen Gewerkschaften über. Bei dieser Wahl zeigte sich, daß auch der Kassenstand erwacht ist, und auf welchem Standpunkt die Aachener Gewerkschaftsversammlung steht. Die Arbeit des Bezirkstellers ist in diesem Berufe nicht vergebens gewesen. Bei der Wahl zur Kasse V siegte ebenfalls die christliche Liste. Sämtliche 24 Mandate fielen dem christlichen Kartell zu. Für die christlichen Kandidaten wurden 202 Stimmen (gegen 80 Stimmen im Jahre 1909) abgegeben. Die Genossen erhielten 170 Stimmen.

Wir Stolz darf die Arbeiterschaft des Aachener Bezirks auf die sozialen Wahlen von 1910 zurückblicken; dieses Jahr war ein Kampfjahr wie nie, aber auch ein Jahr des Sieges auf der ganzen Linie.

Mancher ist wohl, der erfahren hat auf Erden keine Lust, keiner, der nicht still bewahrt. Vielleicht ein Feind in seinem Brust.

Soziales.

Tarifverträge und Stempelsteuer.

Eine merkwürdige Entscheidung fällt das preußische Finanzministerium in der Frage: sind die Arbeitstaatsverträge der Stempelsteuer unterworfen oder nicht? Wir entnehmen darüber der „Sozialen Praxis“ folgendes: „Der Arbeitgeberbund für das deutsche Baugewerbe hatte je ein Muster des „Hauptvertrags“ und eines örtlichen „Vertrags“ dem Ministerium vorgelegt, um in der Frage der Steuerbelastung sicher zu gehen. Das Finanzministerium hat nun mehr erklärt, daß der „Hauptvertrag“ der Steuer nicht unterliege, weil ihm die „protoföderale Erklärung“ zu § 5 angefügt ist: „Mit dem Ausschluß des Rechtswegs soll nach den übereinstimmenden Erklärungen der Parteien auch die Geltendmachung irgendwielicher vermögensrechtlicher Ansprüche aus dem Vertrage ausgeschlossen sein.“ Tagegen unterliege der „Vertrag“ allein, da er diese oder eine ähnliche Bestimmung nicht enthält, auf Grund seines Wortlauts dem allgemeinen Vertragsstempel von 3 Mr., nach der Tarifstelle 71,2 des Stempelsteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Juni 1909. Zu dieser Entscheidung fällt zunächst die Trennung der beiden organisch durchaus zusammengehörigen Vertragsbestandteile auf, von denen der Ortsvertrag die allgemeinen Bestimmungen des Hauptvertrages doch nur nach bestimmten Richtungen hervorruft. Alles, was der Hauptvertrag enthält, ist also gewissermaßen das grundsätzliche Vorwort zum Ortsvertrage, der deshalb auch die Vereinbarung, daß vermögensrechtliche Ansprüche von den Vertragsparteien gegenseitig nicht geltend gemacht werden sollen, nicht mehr zu wiederholen braucht. Wenn das steht ja schon im Hauptvertrag, der das Allgemeine regelt. Es widerspricht also dem Sinne des formalen Tarifvertragsgefüges, den Untervertrag aus einem Gesichtspunkte für steuerpflichtig zu erklären, aus welchem der Hauptvertrag für steuerfrei erklärt worden ist.

Von Bedeutung ist der Standpunkt des Finanzministeriums, daß ein Tarifvertrag dann steuerfrei ist, wenn die Vertragsparteien aus ihm keine vermögensrechtlichen Ansprüche geltend machen können. Die „Soziale Praxis“ hat sich zur Frage der Steuerpflicht der Tarifverträge vor 1½ Jahren ausführlich geäußert und ist für ihre Stempelfreiheit eingetreten, da die Stempelsteuertabelle überhaupt nichts von Tarifverträgen weiß. Die Begründung für die Stempelfreiheit hingegen, die aus der angeblich mar. gesunden Rechtsverbindlichkeit der Tarifverträge abgeleitet wird, ist damals wie heute entschieden zurückzuweisen, denn Tarifverträge sind rechtsverbindlich, wenn die Parteien nicht ausdrücklich das Gegenteil vertrinnten. Den Gegnern der Rechtsverbindlichkeit der Tarifverträge ist natürlich sehr willkommen, wenn sie unter Hinweis auf die Vermögensrechte der Stempelsteuern dem Tarifvertragspartner, der die Tragende der Untergabe im Augenblitze nicht überseht, vorzuhängen können, die Unverbindlichkeitssklausel in den Tarifvertrag aufzunehmen. Was von der allgemeinen Rechtsverbindlichkeit gilt, bezieht sich aber auch auf die vermögensrechtliche Haftbarkeit, die den Verbindlichkeiten und Rechten aus dem Tarifvertrag erst eine materielle Greifbarkeit gibt. Entweder soll man alle Tarifverträge für steuerpflichtig erklären, mittels eines Nachtrags zum Stempelsteuergebot, oder aber es sei bei der bisherigen Steuerfreiheitlassen. Eine Ausnahmebehandlung zugunsten der Tarifvertragsparteien, die für das, was sie vereinbaren, nicht mit ihrer vollen Verantwortung eintreten wollen, ist sehr bedenklich.

Keine sozialpolitische Überlastung der deutschen Industrie

Das ist das Resultat, das Professor E. Ballot gegenüber dem Buche des Professors Bernhard, in welchem die sozialpolitische Belastung der deutschen Industrie in den schwärzesten Farben gemalt wird, feststellt, und in der „Tägl. Rundschau“ versucht an den Ursachen der Invalideität prozentual öffentlichte. Nach ihm macht die deutsche Arbeiterversicherung jährlich etwa eine dreiviertel Milliarden aus. Davon bringen die Versicherten 388 Millionen, das Reich 50 Millionen auf. Unter hinzufliegen der Prämien für Volksversicherung fallen bei der Industriaversicherung auf den Kopf der Bevölkerung in Deutschland 5 Mark. In England werden an Prämien (Beiträge an die Versicherungsgeellschaften) für die private Volksversicherung pro Jahr 270 Millionen Mark bezahlt, was auf den Kopf der Bevölkerung 3,1 Mark ausmacht. Die Unfallversicherung verursachte den Unternehmern im Jahre 1908 einen Beitrag von 181 Millionen Mark oder gleich 3 Mark auf den Kopf der Bevölkerung. Stellt man als Seitenstück die englische Haftpflichtversicherung, die im gleichen Jahre 183 Millionen Mark kostete, so ergibt dies über 4 Mark pro Einwohner. Nur zur Krankenversicherung. Zu derselben zählen die Unternehmer einen Beitrag von 115 Millionen Mark, die Versicherten 236 Millionen Mark. Einschließlich der Krankenfürsorge durch die friendly Societies, die in 14 dieser Societies 60 Millionen Mark aufbrachten, und der ungeheuren Armenlast rechnet Ballot etwa 353 Millionen Mark aus, die in England für Krankenfürsorge ausgegeben werden. Das wären in England 8 Mark, in Deutschland aber nur 2 Mark pro Kopf der Bevölkerung. Es ergibt sich dann folgende Gegenüberstellung:

| | Auf den Kopf der Bevölkerung in Deutschland | England |
|--------------------------------|--|------------------------------|
| Volks- bzw. Sozialversicherung | 5,0 | 6,1 |
| Unfallversicherung | 3,0 | 2,1 |
| Krankenversicherung | 5,8 | 2 |
| Armenlast | 2,2 | 8,0 |
| 15 = 17 | 15,2 | soße Krankenvers. |

Daraus ergibt sich also, daß die deutsche Industrie an sozialen Lasten nicht mehr, sondern weniger zu tragen hat als unser Hauptkonkurrent England. Es kommt hinzu, daß die deutsche soziale Versicherung infolge ihrer besseren Organisation wirksam ist und in England ein großer Teil der ausrangierten Arbeiter infolge des Mangels ausreichender Zwangsversicherung beim Elend der Bettelreihe und Armefürsorge versiegt. Bei einem Vergleich mit England kann also von einer sozialpolitischen Überlastung der deutschen Industrie nicht gesprochen werden, und eine ostasiatische Sozialpolitik kann man wohl doch nicht zum Vergleich heranziehen.

Literarisches.

Weihnachten in der Malerei.

(Die Kunst beim Volke, Nr. 3.) Herausgegeben von der Allgemeinen Vereinigung für christliche Kunst. Mit Text von Dr. Joh. Damrich, und 18, zum Teile ganz- und halbseitigen Abbildungen auf Kunstdruckpapier. Preis einzeln 80 Pf., im Abonnement (4 Heft) 2,80 Mk., für Ortsgruppen und Vereine bei gemeinsamem Bezuge je 50 Pfennig. Zu beziehen von der Allgemeinen Vereinigung für christliche Kunst, München, Karlstraße 38.

Der wundersame Zauber der heiligen Nacht hat schon fröhlich des Menschen Herz und Gemüt unterhalten, hat schon fröhlich in der Menschenseele Stimmungen wachgerufen, fröhlich, frohlich, poetisch, zart und lustig, die in ihrem Liebemaße nach einem sichtbaren Ausdruck drängten. Ganz besonders wurde die himmlische Poetie, welche die gnadenvolle Nacht erfüllt, von dem weichen Genütt der Künstler empfunden; sie wurde den Künstlern zu einer Quelle, aus der sie immer neue Aneignung, immer neue Bilder schöpfen konnten. Welch köstliche Fälle herrlicher Bildwerke dem Geheimnis der Geburt des göttlichen Kindes entsprossen ist, das zeigt die neueste Monographie.

Der bereits durch das Albrecht Dürer-Heft bestbekannt gewordene Dr. Damrich reiht in dieser Monographie die Weihnachtsbilder der größten Meister zu einem prächtigen Schatz. Seine poetischen, warmen, aus dem Herzen kommenden Worte erschließen diese Bild-Blüten trefflich dem allgemeinen Verständnis und bringen die ihnen eigene Schönheit zur vollen Entfaltung. Seine glückliche, volkskünstliche Charakterisierung der verschiedenen italienischen, spanischen, holländischen und deutschen Meister gibt dem Beste geradezu kunstgeschichtlichen Wert. Kurz, es ist eine Monographie, die in ihrer ausgezeichneten Verbindung von Unterhaltung, Erleichterung und Vertiefung des religiösen Empfindens die allergrößte Verbreitung verdient. Sie fördert edle Bildung und Aufklärung, dokumentiert unzwecklos die überragende Kultur des Christentums. Darum ist es heilige Pflicht, nicht nur der Berater des Volkes, sondern eines jeden wahren Christen, dieser Monographie im christlichen Volke allgemein Eingang zu verschaffen. Ihr spottbilliger Preis kommt solchem Bestreben in weitgehendstem Maße entgegen.

Ersterstag.



Dortmund-Bünde. Am 13. November starb unser Kollege Johann Rötte im Alter von 25 Jahren an Epilepsie.

Ehre seinem Andenken!

Veranstaltungen-Kalender.

Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!

Ahren i. W. Sonntag, den 11. Dez., vorm. 11½ Uhr bei Binaard.

Ammer-St. Anton. Donnerstag, den 8. Dezember (Maria Empfängnis), nachm. 5½ Uhr bei Witwe Pernh, Kloster-Ammer-St. Georg große öffentliche Gemeinschaftsversammlung. Referenten: Kollegen Schmitz-Köln und Pfeisch-Diersen.

Augsburg. Samstag, den 1. Dez., abends 8 Uhr Versammlung im Gasthaus „Zur goldenen Glöde“.

Bremen. Samstag, den 10. Dezember, bei Lindermann, Oberbörsen 69 Mitgliederversammlung.

Bremenburg. Sonntag, den 11. Dez., morgens 11 Uhr in Bremenburg bei Gustav Erhoff.

Bremen. Montag, den 12. Dez., abends 7½ Uhr im Hotel Regelig, Unterbarmen Bezirksversammlung. Referent: Koll. Schmitz, Köln.

Bremen-Rittershausen. Mittwoch, den 14. Dez., abends 7½ Uhr in Rittershausen, Kaiseraal, Berlinerstr. Bezirksversammlung. Referent: Kollege Schmitz, Köln. — Freitag, den 16. Dez., abends 7½ Uhr bei Lindermann, Oberbörsen 69, Bezirksversammlung. Referent Kollege Schmitz, Köln.

Berlin. Samstag, den 17. Dez., abends 1½ Uhr im Schulz' Festsaal, am Königsgraben 14a, allgemeine Mitgliederversammlung.

Bocholt. Sonntag, den 11. Dezember, vorm. 11½ Uhr im Gasthof „Zur Stadt Bünker“ Mitgliederversammlung.

Bochum. Sonntag, den 11. Dezember, vorm. 11 Uhr im „Salamander“, Alleestraße.

Düsseldorf. Montag, den 12. Dez., abends 7 Uhr bei Andermanns Gewermetallarbeiter-Versammlung.

Duisburg. Jeden Donnerstag, abends 1½ Uhr Abholen der Zeitungen, anschließend Diskutierabend, bei Loenhardt, Heerstr. 24 am evangelischen Krankenhaus. Es können sämtliche Mitglieder teilnehmen.

Duisburg-Beuel. Sonntag, den 18. Dezember, nachm. 4 Uhr bei Möller, Beueler, 9 Mitgliederversammlung.

Duisburg-Meiderich. Sonntag, den 18. Dezember, nachm. 4 Uhr bei Hauer-Lamms Mitgliederversammlung.

Duisburg-Obermeiderich. Sonntag, den 18. Dez., abends 6 Uhr bei Witwe Meißer, Essen-Steelerstr. Mitgliederversammlung mit Stäaten.

Duisburg-Großenbaum. Sonntag, den 11. Dez., nachm. 4 Uhr bei Bräutigam Mitgliederversammlung.

Düsseldorf-Eller. Sonntag, den 11. Dezember, vor 11 Uhr bei Eller, Humboldtstraße, Bezirksversammlung.

Düsseldorf. Sonntag, den 11. Dezember, nachm. 3 Uhr im großen Saale des Paulushauses, Luisenstraße 95 gemeinsame Mitgliederversammlung der Verwaltungsstelle.

Düsseldorf-Mülingen. Sonntag, den 11. Dezember, vor 11 Uhr öffentliche Gewerbegebertswahlerversammlung. Referent Kollege Schmitz-Köln.

Düsseldorf-Benrath. Sonntag, den 11. Dez., vor 11 Uhr Gewerbegebertswahlerversammlung.

Düsseldorf. Dienstag, den 18. Dez., abends 8½, im Paulushaus, Luisenstraße 95, große öffentliche Gewerbegebertswahlerversammlung.

Düsseldorf-Benrath. Samstag, den 17. Dez., abends 8½ Uhr Mitgliederversammlung im Lokale Kampenischer, Mittelstraße.

Dortmund-Werl. Samstag, den 10. Dezember, vor 11 Uhr Mitgliederversammlung bei Welsenkamp.

Dortmund-Eddinghausen. Samstag, den 10. Dez., abends 7½, Uhr Versammlung bei Jung.

Dortmund-Dortfeld. Samstag, den 10. Dez., abends 8 Uhr Versammlung bei Sturm.

Dortmund-Worl. Samstag, den 10. Dezember, abends 8½, Uhr Versammlung bei Welsenkamp.

Dortmund-Lüdinghausen. Samstag, den 10. Dez., abends 7½, Uhr Versammlung bei Jung.

Dortmund-Werne. Sonntag, den 11. Dezember, nachm. 5 Uhr Versammlung bei Möllmann.

Dortmund-Werne. Sonntag, den 11. Dezember, nachm. 5 Uhr Versammlung bei Tecklenborg.

Dortmund-Barop. Sonntag, den 11. Dez., nachmittags 5 Uhr Versammlung bei Schnitter.

Essen-Kleingeschäfte. (Schlosser, Schmiede, Klempner)

Samstag, den 10. Dezember, abends 8½, Uhr Mitgliederversammlung im dritten Gewerkschaftshaus Hochhauerstr. 19.

Essen-Nord-Ost. Sonntag, den 11. Dez., morgens 11 Uhr Mitgliederversammlung im Restaurant Eßsteller, Beulistraße.

Essen-Werden. Sonntag, den 11. Dezember, morgens 11 Uhr Mitgliederversammlung im Restaurant Becker, Werder.

Essen-Kroghausen. Sonntag, den 11. Dez., morgens 11 Uhr Vorstand- und Vertrauensmännerversammlung im Restaurant Mayer.

Eisenach. Samstag, den 17. Dezember, abends 8½ Uhr Mitgliederversammlung im Konzerthaus Glenda.

Ettlingen. Am 11. Dez., nachm. 1½ Uhr im Restaurant „Zur Linde“.

Erkenschwick. Samstag, den 10. Dez., abends 7½ Uhr bei Staubach-Gehrenmetallarbeiter-Versammlung.

Fleensburg. Mittwoch, den 14. Dezember, abends 8½ Uhr Mitgliederversammlung bei C. Habe, Marienstr. 1.

Gelsenkirchen-Dulmke. Freitag, den 9. Dez., aber 8 Uhr bei Welsche.

Gelsenkirchen-Neustadt. Sonntag, den 11. Dez., vor 11 Uhr bei Orten, Voßumerstraße.

Gelsenkirchen-Wottorf. Sonntag, den 11. Dezember, vor 11 Uhr bei Tornier, Karl Meierstraße.

Gelsenkirchen-Schalke. Sonntag, den 11. Dez., vor 11 Uhr bei Wegener.

Gladbeck. Sonntag, den 18. Dezember, nachmittags 4 Uhr bei Nordpot (Christliches Gewerkschaftshaus).

Gevelsberg. Das Büro der Verwaltungsstelle befindet sich Fabrik Nr. 1.

Hörst-Güscher. Sonntag, den 11. Dez., nachm. 4½ Uhr bei Lufing.

Hattingen. Samstag, den 17. Dezember, abends 8½ Uhr bei Hammer Versammlung.

Halle a. S. Sonntag, den 11. Dezember, nachm. 3 Uhr Versammlung bei Schulze, Büdnerhöhe 74.

Hüsten. Sonntag, den 11. Dez., vorm. 11½ Uhr im Lokal Dame, Protokollversammlung der Walzer gegen die geplanten Löbsteiner Abzüge. Referent: Bezirksleiter Hirschier.

Karlsruhe. Sonntag, den 11. Dez., nachm. 3 Uhr Versammlung in Ettlingen, Restaurant „Zur Linde“. Thema: „Gartenstadtkonzeption“. Die Kollegen von Rastatt und Durlach sind freundlich eingeladen. Treffpunkt in Karlsruhe 1½ Ecke Augusten- und Ettlingerstr.

Langendreer-Werne. Sonntag, den 11. Dez., nachm. 5 Uhr bei Habitzius in Werne Versammlung.

Müllingen (Kreis Nees). Nächste Mitgliederversammlung am 11. Dezember, nachm. 4 Uhr im Lokale Joh. Hartmann. Referent: Kpl. Simmern wird den zweiten Teil seines Vortrages halten.

München. Samstag, den 17. Dez., abends 8 Uhr im Lokal „Leopoldstadt“, Senefelderstraße. Monats-Versammlung. Thema: „Wirtschaft“.

Mülheim-Saarn. Sonntag, den 18. Dezember, morgens 11½ Uhr bei van der Ley, Münsterstr. Mitgliederversammlung mit Kortea.

Mülheim-Mühr. Sonntag, den 11. Dezember, morgens 11½ Uhr bei Lüder, Frohsenterich, Mitgliederversammlung. Vortrag: Krankenversicherungsgesetz.

Mülheim-Herken. Sonntag, den 11. Dezember, vor 11½ Uhr